



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

# Wirtschaft im Wandel

12/2001

26.09.2001, 7. Jahrgang

Aktuelle Trends

*Arbeitskreis Konjunktur*

Konjunkturbeschleunigung in Deutschland  
erst zum Jahresende

*Axel Brüggemann/Thomas Linne*

Konjunkturschwäche erreicht auch Mittel- und  
Osteuropa – Problemfall Polen

*Cornelia Lang*

Beschäftigungsfördernde Maßnahmen für  
arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger – Die Sicht der  
Teilnehmer

*Cornelia Lang/Ralf Müller*

Innovativ und international – mit regionalem Personal:  
Ergebnisse einer Befragung von New Economy-  
Unternehmen in Sachsen und Thüringen

*Martin O. Wengler*

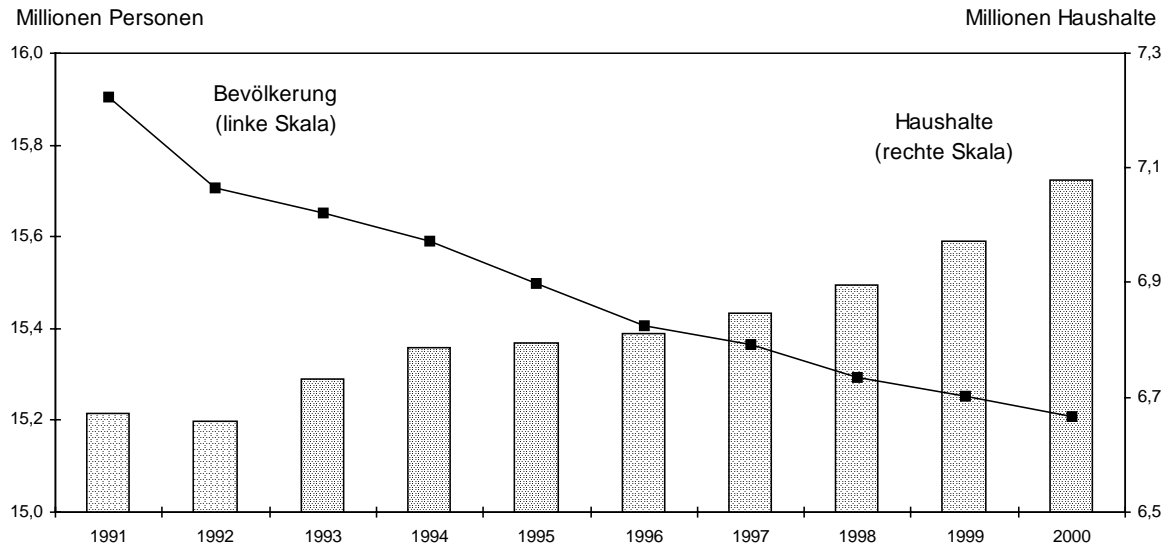
Gemeinnütziges Engagement der Sparkassen:  
Umfang und regionale Wirkungen

*Brigitte Loose*

IWH-Bauumfrage im August 2001

## Aktuelle Trends

### Zahl der privaten Haushalte in Ostdeutschland nimmt trotz Bevölkerungsrückgang zu



Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes.

In jüngster Zeit wird der Wohnungsleerstand in den neuen Bundesländern vor allem im Zusammenhang mit der sich verringernden Bevölkerung diskutiert. Dies ist zu kurz gegriffen, da der Bevölkerungsrückgang nicht automatisch zu sinkenden Haushaltszahlen führt, dem eigentlichen Indikator für den Wohnungsbedarf.

Die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern hat sich insbesondere wegen gesunkener Geburtenzahlen von Jahr zu Jahr verringert. Von 1991 bis 2000 nahm sie um 700 000 Personen ab. Hinzu kam für den gesamten Zeitraum ein leicht negativer Wanderungssaldo, d. h. es verließen mehr Personen Ostdeutschland als Menschen in die neuen Bundesländer zogen. Dieser anhaltende Trend einer schrumpfenden ostdeutschen Bevölkerung ging aber nicht, wie man erwarten könnte, mit einer Verringerung der Zahl der privaten Haushalte einher.

Parallel zum Rückgang der Bevölkerungszahl verstärkte sich der Prozess der Haushaltsverkleinerung, der letztlich zu einem Anstieg der Haushaltszahl von 1991 bis 2000 um 400 000 Haushalte führte. Hinter diesem Prozess stehen allgemeine Verhaltens- und Lebenssituationsänderungen. So gründen junge Menschen jetzt früher einen eigenen Haushalt, zumal die entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt ihnen jederzeit eine eigene Wohnung ermöglicht. Auch der spürbare Anstieg der Ehescheidungen führt zu neuen und kleineren Haushalten. Darüber hinaus bestehen immer mehr Partnerschaften ohne Trauschein, sodass mehr formal allein lebende Personen als Einpersonenhaushalt existieren. Generell führt auch die steigende Lebenserwartung der Älteren zu deutlich wachsenden Anteilen von kleinen Haushalten. Vor diesem Hintergrund hat der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte stetig zugenommen und macht gegenwärtig über zwei Drittel aller Privathaushalte in Ostdeutschland aus. Dagegen hat sich der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen von über 40% auf rund 31% verringert. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist von 2,38 auf 2,15 Personen je Haushalt gesunken. Im Jahr 2000 setzte sich somit erstmalig der Privathaushalt in Ostdeutschland im Durchschnitt aus weniger Personen zusammen als ein Haushalt in Westdeutschland, in dem 2,17 Personen je Haushalt lebten.

Ruth Grunert (rgr@iwH-halle.de)

## Konjunkturbeschleunigung in Deutschland erst zum Jahresende

Die Hoffnungen auf eine Tendenzwende der Konjunktur in Deutschland schon im Sommer sind endgültig zerstoßen. Laut neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im 2. Quartal. Zwar ist die Steuerreform bei den Privathaushalten angekommen, und sie haben ihren Konsum seit Beginn des Jahres real trotz des kräftigen Anstiegs der Lebenshaltungskosten erhöht. Die Lieferungen in das Ausland haben ebenfalls zugenommen. Die Exportdynamik war aber im Gefolge des Wachstumseinbruchs in den USA gering. Die Eintrübung der Konjunkturaussichten – insbesondere infolge der Schwäche in der Weltwirtschaft – hat die Unternehmen von Produktionssteigerungen abgehalten. Nachfragezuwächse wurden aus den Vorräten bedient, und die Investitionen wurden eingeschränkt. An dieser Situation hat sich im laufenden Quartal wenig geändert. Angesichts der Aufhellung der Konjunkturperspektiven spätestens im nächsten Jahr wird es allerdings im Schlussquartal nach dem bisherigen Lagerabbau wieder zur Aufstockung der Bestände und – mit Ausnahme des Baubereichs – zu einer leichten Belebung der Investitionsaktivitäten kommen. Die Produktion wird davon profitieren. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr aber nur noch um rund 1% gegenüber dem wachstumsstarken Jahr 2000 steigen – und damit um reichlich einen halben Prozentpunkt schwächer als vom IWH im Sommer vorausgesagt<sup>1</sup>. Dies hat Konsequenzen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2002. Aufgrund seiner verzögerten Reaktion auf die Abflachung des Produktionsanstiegs wird der temporäre Beschäftigungsabbau bis in das kommende Jahr hinein andauern, und die Zahl der Arbeitslosen wird mit 3,74 Millionen höher sein als bisher angenommen. Die in der Prognose für das nächste Jahr erwartete Verstärkung der Produktionsdynamik beruht auf der Prämisse, dass sich die Konjunktur in den USA bald fängt.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur in Deutschland: Talsohle bald durchschritten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2001, S. 224-247.

<sup>2</sup> Die Aktualisierung der Konjunkturprognose wurde vor den Terroranschlägen in den USA vorgenommen und bereits

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2001 und 2002 – Stand 31. August 2001 –

	2000	2001	2002
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	1,5	1,7	2,1
Staatskonsum	1,2	1,2	1,3
Anlageinvestitionen	2,3	-2,6	1,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8,7	0,9	5,0
Bauten	-2,5	-5,4	-0,7
Inländische Verwendung	2,0	0,4	1,9
Exporte	13,2	5,4	6,9
Importe	10,0	3,5	6,9
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1	2 ¼
Nachrichtlich: Euroraum	3,4	2	2 ½
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Preisindex für die Lebenshaltung	1,9	2,6	1,6
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) <sup>a</sup>	38 706	38 752	38 841
Arbeitslose <sup>b</sup>	3 889	3 817	3 738
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	9,1	9,0	8,8
	<i>in % des BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates <sup>d</sup>	1,2	-2 ¼	-1¾

<sup>a</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>b</sup> Nationale Definition. – <sup>c</sup> Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – <sup>d</sup> Mit Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ergibt sich ein Überschuss von 36,5 Mrd. DM. Ohne diese Erlöse ergäbe sich ein Defizit und die Defizitquote läge im Jahr 2000 bei 1,3% des Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2001 Prognose des IWH.

am 3. September als Pressemitteilung verbreitet. Aus heutiger Sicht schließt die Prämisse den Fall ein, dass dieses Ereignis nicht zu einschneidenden Verhaltensänderungen der privaten Haushalte und der Unternehmen führt.

Die Wachstumsverlangsamung in Deutschland hat in der Öffentlichkeit die Forderung nach Konjunkturprogrammen laut werden lassen. Dies wäre schon deshalb wenig hilfreich, weil die Überwindung der Schwächephase früher eintreten wird als solche Programme ihre Wirkung entfalten könnten. Auch im Hinblick auf das öffentliche Defizit, das wegen der Konjunkturflaute mit 2¼% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt deutlich höher ausfällt als im Stabilitätsprogramm vorgesehen, ist von solchen Aktionen abzuraten. Um ein stärkeres Abtriften der Konjunktur zu vermeiden, darf die Defizitentwicklung aber auch nicht zum Anlass für hektische Sparmaßnahmen genommen werden. Es stellt sich jetzt mit Nachdruck die Frage, ob vor diesem Hintergrund ein ausgeglichener öffentlicher Gesamthaushalt bis zum Jahr 2004 angestrebt werden sollte. Das Stabilitätsprogramm ist an die geänderten wirtschaftlichen Eckdaten anzupassen; beispielsweise ist eine Streckung des Zeithorizonts denkbar. Die Konsolidierungsanstrengungen dürfen dabei aber nicht verringert werden.

Die Stockung beim Abbau der Arbeitslosigkeit sollte bei den in diesem und im nächsten Jahr anstehenden Verhandlungen für die Tarifparteien zusätzlich Anlass für erneut moderate Tariflohnabschlüsse sein. Ein Verlassen dieses Pfades birgt die Gefahr, dass auch die während des Aufschwungs erzielten Beschäftigungszuwächse wieder zunichte gemacht werden. Darüber hinaus werden Arbeitsmarktreformen immer dringlicher, um das Regulierungsdickicht zu beseitigen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern.

Die jüngste Zinssenkung der Europäischen Zentralbank hat die Erwartungen der Märkte und der Öffentlichkeit befriedigt, im geänderten monetären Umfeld Flagge zu zeigen. Für sich genommen dürften davon aber kaum Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen, da der monetäre Faktor derzeit nicht das bremsende Element ist.

### ***Wachstumspause in Ostdeutschland***

Die Schwäche der Auftriebskräfte im Inland, die weltweite Flaute der Konjunktur und die forcierte Anpassung der Bauwirtschaft an ein langfristig tragfähiges Niveau lassen die an sich schon geringen Erwartungen an ein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland im

Tabelle 2:  
IWH-Prognose von Bruttoinlandsprodukt und  
Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland<sup>a</sup>  
- Stand 10. September 2001 -

	2000		2001	2002
	VGR der Länder	Schät- zung <sup>b</sup>		
	Veränderung zum Vorjahr in %, Preise 1995			
Produzierendes Gewerbe	0,2	-0,3	-3,3	1,3
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	8,3	8,7	2,5	6,0
Baugewerbe	-9,7	-12,0	-13,0	-7,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,5	1,9	1,8	1,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmendiensteleister	5,0	4,4	2,9	4,5
Öffentliche und private Dienstleister	0,8	1,0	0,5	0,4
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,7	1,5	0,3	1,9
darunter: Unternehmen	2,1	1,7	0,2	2,4
Unternehmen ohne Bau	4,5	4,4	2,4	3,7
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,9	0	1½
Nachrichtlich: BIP Deutschland	3,0	x	1	2¼

<sup>a</sup> Ohne Berlin. – <sup>b</sup> Nach der rückwirkenden Korrektur der Angaben für Deutschland durch das Statistische Bundesamt im August 2001 erfolgt die Anpassung der Länderdaten durch den Arbeitskreis VGR der Länder erst zum Frühjahr 2002. Das IWH hat deshalb für die Zwischenzeit eine eigene Schätzung vorgenommen

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: März 2001); Schätzung und Prognose des IWH.

Jahr 2001 vollends schwinden.<sup>3</sup> Selbst eine Schrumpfung des realen Bruttoinlandsprodukts ist nicht mehr auszuschließen.

<sup>3</sup> Vgl. BRAUTZSCH H.-U.; LOOSE B.; LUDWIG U.: Trotz weltweiter Konjunkturschwäche verstärkt sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland etwas, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7-8/2001, S. 164-175.

Nach den Aufbaujahren steht nun das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe zunehmend unter dem Einfluss der wellenartigen Bewegung der Konjunktur. So hat sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zwar in der ersten Jahreshälfte gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch kräftig und stärker als im früheren Bundesgebiet erhöht. Die Dynamik hat jedoch im Verlauf deutlich nachgelassen. Insbesondere die Konsumgüterhersteller haben weniger Wachstumsimpulse aus den Steuererleichterungen für die privaten Haushalte in Deutschland erhalten als ursprünglich erwartet worden war. Das gilt auch für den Handel. Zudem hat die nachlassende Investitionstätigkeit ihre Spuren bei den Herstellern von Ausrüstungsgütern in Ostdeutschland hinterlassen.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die der zukünftigen Produktion vorseilen, nehmen in der Tendenz kaum noch zu; die Geschäftsaussichten der Unternehmen gehen sogar zurück. Jetzt macht sich zunehmend die Konjunkturfalte im Ausland bemerkbar.

Im Baugewerbe, dessen Produktion in der ersten Jahreshälfte stark rückläufig war, wird sich die Abwärtsbewegung trotz Unterbrechung im Sommer im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen. Den Rückgang der Bauproduktion spüren weiterhin die baunahen Bereiche in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Anzeichen für eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesem Jahr gibt es derzeit nicht.

Die Wachstumspause in der gesamtwirtschaftlichen Produktion belastet den Arbeitsmarkt zusätzlich, und die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten zunehmen. Im Jahresdurchschnitt ist deshalb nicht mehr mit einer Verringerung der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Jahr 2000 zu rechnen, sondern mit einem Anstieg.

In dieser Situation Sonderprogramme zur Ankurbelung der ostdeutschen Wirtschaft aufzulegen, macht auch hier wenig Sinn. Die strukturellen Probleme<sup>4</sup> wie die Unternehmenslücke insgesamt und der geringe Anteil von Großunternehmen, die überdimensionierte Bauwirtschaft, der Eigenkapitalmangel und die Rückstände bei Absatz, Marketing und Vertrieb sowie die strukturellen Defizite in Forschung und Entwicklung werden damit nicht überwunden, und die konjunkturelle Schwäche wird ohnehin in dem Maße wieder nachlassen, wie sich die Weltwirtschaft – und hier insbesondere die US-Wirtschaft – erholen wird. Insgesamt bleiben auch in diesem Jahr die eher konjunkturabhängigen Wirtschaftszweige in Ostdeutschland, d. h. der Unternehmenssektor ohne Baugewerbe, wegen ihrer gefestigten Wettbewerbsfähigkeit auf Expansionskurs. Im Jahr 2002 wird sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland beschleunigen.

*Arbeitskreis Konjunktur  
(ldw@iw-halle.de)*

## Konjunkturschwäche erreicht auch Mittel- und Osteuropa – Problemfall Polen

Auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Daten im ersten Halbjahr 2001 zeichnet sich für Mittel- und Osteuropa mit insgesamt 3,2% für das Jahr 2001 ein deutlich abgeschwächtes Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr mit 5,6% ab. Insbesondere die mitteleuropäischen Staaten sind stark von der anhaltend schwachen westeuropäischen Konjunktur betroffen. Hier wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nach 3,7% im Jahr 2000 nur noch 2,5% im Jahr 2001 betragen. Die im ersten Quartal 2001 noch beachtlichen Zuwachsraten der mittel-

europäischen Exporte waren in den letzten Monaten deutlich rückläufig. In den meisten Ländern können aber kräftige Steigerungen der Bruttoanlageinvestitionen und auch des privaten Konsums die Wachstumseinbußen durch den Außenhandel zu einem beachtlichen Teil kompensieren.<sup>5</sup> Dies

<sup>4</sup> Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Neunzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 5/1999.

<sup>5</sup> Die vorliegende Prognose wurde unmittelbar vor den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten abgeschlossen. Die

Tabelle:  
Entwicklung ausgewählter Indikatoren

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Mitteleuropa <sup>a</sup>	55,3	3,7	2,5	3,5	13,3	9,6	8,1	11,7	12,1	12,0
Polen	25,7	4,0	2,2	3,5	10,1	6,0	5,0	14,0	15,5	15,5
Tschechien	8,3	2,9	2,7	3,6	3,9	5,0	4,5	9,0	8,5	8,0
Ungarn	7,4	5,2	3,8	4,4	9,8	9,0	7,0	9,3	8,5	7,5
Rumänien	6,0	1,6	1,0	1,7	48,4	35,0	30,0	7,1	7,0	8,0
Slowakei	3,1	2,2	2,5	3,0	12,1	7,5	6,5	18,8	18,5	18,0
Slowenien	2,9	4,6	3,8	4,3	8,9	8,5	7,5	7,0	6,5	6,0
Bulgarien	1,9	5,8	3,2	3,8	10,4	7,0	4,5	16,8	16,0	15,5
Baltische Länder	3,8	4,9	4,4	4,7	2,1	2,4	2,3	14,6	14,0	13,0
Estland	0,8	6,9	4,5	4,7	4,0	6,0	5,0	13,7	13,0	12,0
Lettland	1,2	6,0	4,7	5,0	2,6	2,0	1,5	14,0	13,0	12,0
Litauen	1,8	3,3	4,2	4,5	1,0	1,0	1,5	15,4	15,0	14,0
Mitteleuropa und Baltikum	59,1	3,8	2,6	3,6	12,6	9,1	7,7	11,9	12,2	12,1
Russland	40,9	8,3	4,0	3,0	20,8	20,0	15,0	10,4	9,5	8,5
Insgesamt <sup>a</sup>	100,0	5,6	3,2	3,3	16,0	13,6	10,7	11,0	10,6	9,9
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewichtet <sup>b</sup>		4,3	2,9	3,6						

<sup>a</sup> Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2000. – <sup>b</sup> Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder von 2000.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des IWH, 2001 und 2002: Prognose des IWH.

trifft auf Ungarn, die Tschechische Republik die Slowakei und Bulgarien zu, wo sich die Inlandsnachfrage besonders dynamisch entwickelte. Eine Ausnahme ist Polen, wo wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Verringerung des Risikos des Ausbruchs einer Finanzkrise getroffen worden waren, zugleich auch spürbar den privaten Verbrauch einschränken. Geringere Aufwendungen für Rohöl und für Nahrungsmittel werden 2001 in den Län-

dern Mittel- und Osteuropas zu einer deutlich niedrigeren Inflationsrate als im Jahr 2000 führen. Fortgesetzte Restrukturierungen und Inflexibilitäten auf den Arbeitsmärkten lassen in 2001 die Arbeitslosigkeit leicht ansteigen. Im Jahr 2002 wird die leichte Erholung der westeuropäischen Konjunktur und eine weiterhin lebhafte Inlandsnachfrage bei den EU-Beitrittskandidaten wieder zu einer stärkeren Expansion führen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Inflation zurückbilden, während die Arbeitslosigkeit in etwa auf dem Vorjahresniveau verharren wird. In Russland werden in den Jahren 2001 und 2002 aufgrund der gefallen Ölpreise und der realen Aufwertung des Rubel

---

Auswirkungen dieser Ereignisse auf die wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit noch nicht abschätzbar. Die vorliegende Prognose behält ihre Gültigkeit, sofern die gesamtwirtschaftlichen Effekte nicht erheblich sind und es auf den Finanzmärkten nicht zu erhöhten Turbulenzen kommt.

keine Wachstumseffekte mehr vom Außenhandel ausgehen. Eine zunehmend breiter abgestützte Inlandsnachfrage und die Umsetzung wichtiger Reformvorhaben werden zu einem zwar abgeschwächten aber immer noch deutlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts führen.

### **Problemfall Polen**

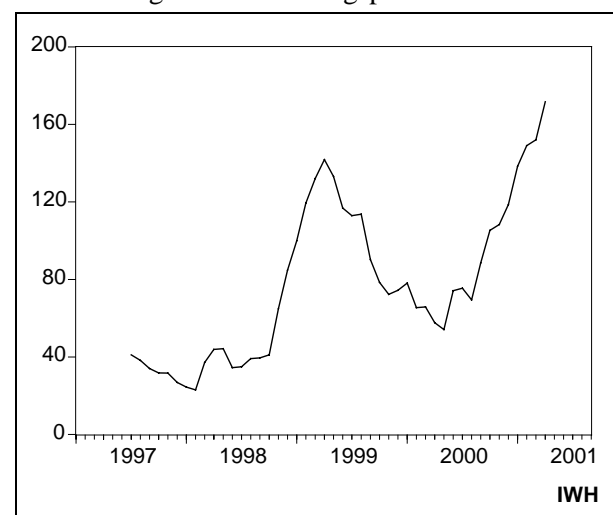
Für die EU-Beitrittskandidaten können aus der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung auch erhebliche Risiken für die finanzielle Stabilität und somit für den Beitrittsprozess zur EU als Ganzes erwachsen. Insbesondere in Polen hat die Wachstumsabschwächung im Zusammenspiel mit strukturellen Schwächen die Anfälligkeit für eine Finanzkrisen erhöht. Der IWH-Frühwarnindikator, der die Anfälligkeit von Ländern für Währungs- und Bankenrisiken misst, weist für Polen im ersten Halbjahr 2001 einen neuen Höchststand auf. Damit erscheint Polen von den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten zur EU am anfälligsten für eine Finanzkrise.

Der Ausbruch einer Finanzkrise würde die Chance auf einen baldigen EU-Beitritt erheblich erschweren. Neben der Verletzung der wirtschaftlichen Kopenhagener Beitrittskriterien, dürfte eine durch eine Finanzkrise induzierte Rezession in Polen aber auch die Übernahme und Anwendung des *Acquis communautaire* verlangsamen und notwendige Investitionen zur Umsetzung der EU-Vorgaben, z. B. im Bereich der Transport- und Umweltbereich hinauszögern. Ein möglicher Rückgriff auf durch den IWF gewährte Unterstützungskredite, ähnlich derjenigen für die Türkei oder Argentinien zur Überwindung der dortigen jüngsten Finanzkrisen, würde die Reife der polnischen Wirtschaft und ihre Beitrittsfähigkeit ernsthaft in Frage stellen.

Vor dem Hintergrund des relativ hohen Gefährdungspotenzials wurde der Zloty am 6. Juli 2001 erstmals seit der Russlandkrise das Ziel stärkerer spekulativer Attacken. Der Zloty wertete innerhalb weniger Tage um knapp 11% gegenüber dem Euro ab, was für einen floatenden Wechselkurs viel ist. Nach einer Kurskorrektur kam es in den darauffolgenden Wochen zu einer schleichenden Abwertung des Zloty.

Die Gründe für den Ausbruch der Spekulationen gegen die polnische Währung waren vielfältig: Die Bekanntgabe schwacher Handelszahlen für den Monat Mai, die Ausschöpfung des für das gesamte Jahr 2001 geplanten Budgetdefizits schon Ende Juni und Spekulationen im Zusammenhang mit den Entschädigungszahlungen für polnische NS-Zwangsarbeiter führten zu einer Verunsicherung der Marktteilnehmer. Ein weiterer Grund für die spekulative Attacke, der eng mit dem Haushaltsdefizit verknüpft ist, ist in dem aufgeschobenen Verkauf eines Aktienpaketes der Telekomunikacja Polska S.A. an France Telecom zu sehen. Neben den entgangenen Privatisierungserlösen bedeutete dies gleichzeitig, dass ein großer Teil der Nachfrage nach Zloty sich nicht – wie vielfach erwartet – realisierte. Damit wurde die polnische Währung anfälliger für eine Abwertungsspekulation. Diese Unwägbarkeiten wurden durch politische Unsicherheiten mit den Rücktritten zweier Minister in den beiden Tagen vor Beginn der spekulativen Attacke noch erhöht. Zusätzlich standen die emerging markets in Mittel- und Osteuropa generell noch unter dem Eindruck der Finanzkrisen in Argentinien und der Türkei. Auch wenn es im Juli 2001 in Polen noch nicht zum Ausbruch einer offenen und umfassenden Finanzkrise kam, unterliegt die polnische Volkswirtschaft nach wie vor einem hohen Risikopotenzial.

Abbildung:  
Entwicklung des Gefährdungspotenzials in Polen



Anmerkung: Der Indikator ist normalisiert, wobei 1999:1 = 100 ist.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Das gegenwärtig hohe Gefährdungspotenzial ist dabei auch Folge der verschiedenen geld- und währungspolitischen Maßnahmen, die die polnische Wirtschaftspolitik seit Ende 1999 getroffen hat, um dem damaligen Risiko einer Finanzkrise zu begegnen. Vor dem Hintergrund eines seit 1998 stark gestiegenen Leistungsbilanzdefizits begann die Nationalbank im Herbst 1999 mit Zinserhöhungen zu reagieren, um die inländische Nachfrage zu dämpfen. Der Rediskontsatz wurde zwischen Oktober 1999 und August 2000 dabei von 15,5% auf 21,5% angehoben. Daneben gab die Nationalbank am 12. April 2000 das Crawling peg-Wechselkursystem auf und erklärte, den Zloty frei floaten zu lassen. Die erhöhte Flexibilität des Zloty sollte dabei die Möglichkeit spekulativer Attacken begrenzen. Die geldpolitische Straffung war durchaus erfolgreich in der Reduktion der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Das Defizit in der Leistungsbilanz betrug Ende 1999 noch 7,5% des BIP und fiel auf knapp 5% im April 2001.

Die Hochzinspolitik der Nationalbank hatte jedoch auch unerwünschte Effekte. Die Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität führte zu einem Anstieg der Risikopotenziale in anderen Bereichen. Im Zuge der schwachen inländischen und ausländischen Nachfrage verringerte sich das jährliche Wirtschaftswachstum von 6,2% im letzten Quartal 1999 auf 2,3% zu Beginn dieses Jahres. Da dem Staatshaushalt für das Jahr 2001 eine Wachstumsannahme für das BIP von 4,5% zugrunde lag, waren erhebliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Zusätzliche Ausgabenprogramme, auch in Vorbereitung des EU-Beitritts, erhöhten das Budgetdefizit noch weiter. Das hohe Realzinsniveau verschlechterte die Gewinn- und Liquiditätssituation der Unternehmen und erhöhte damit das Risikopotenzial für das Bankensystem. Bei einer variablen Verzinsung der Kredite fiel es den Unternehmen schwerer, ihre Kredite vollständig und pünktlich zu bedienen. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass die schwächere Gesamtnachfrage den Absatz ihrer Produkte dämpfte und ihre Gewinne schmelzen ließ. In der Folge stieg der Anteil der Problemkredite an den Gesamtkrediten der Banken im letzten Halbjahr drastisch an.

In den kommenden Monaten ist mit einem weiteren Anstieg des Indikators, der im Rahmen des Frühwarnsystems des IWH ermittelt wird, zu

rechnen. Das deutet auf eine weitere Zunahme des Risikopotenzials hin. Durch die konjunkturelle Schwäche wird das Budgetdefizit weiter ansteigen, und die geringen Wachstumsaussichten in der Eurozone beeinträchtigen die Exportchancen polnischer Unternehmen. Die seit Juli zu beobachtende nominale Abwertung des Zloty gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner wird der Exportverlangsamung nur teilweise entgegenwirken. Insgesamt wird sich im Verlauf des weiteren Jahres der Außenbeitrag als wesentlicher Wachstumsimpuls der letzten anderthalb Jahre weiter abschwächen. In der Folge wird auch das Leistungsbilanzdefizit ansteigen.

Bei weiterhin hohen Realzinsen und fehlenden fiskalischen Impulsen wird sich die polnische Binnennachfrage nur verhalten entwickeln. Spärlich fließende Steuereinnahmen und bislang unzureichende Ausgabenkürzungen werden zu einer Verletzung der geplanten Budgetansätze führen. Zwar hatte sich die Regierung bereits im Juli auf eine Ausweitung des Budgetdefizit auf knapp 4% des BIP verständigt, doch wird mittlerweile ein Wert von mehr als 5% als realistisch angesehen. Bei bestehenden Ausgabenplänen könnte dieser Wert im Jahr 2002 sogar deutlich höher ausfallen. Die fiskalische Schieflage wird einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen zur Sicherung der makroökonomischen Stabilität unumgänglich machen. Dringender wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht auch bei der Geldpolitik. Trotz Senkung des Diskontsatzes durch die Nationalbank Ende August 2001 um 100 Basispunkte auf 17%, bleiben die Realzinsen aufgrund des Rückgangs der Inflationsrate auf einem unverändert hohen Niveau. Notwendig sind weitere Zinssenkungen, die tatsächlich in eine Senkung der Realzinsen münden.

*Axel Brüggemann*  
(bgn@iwh-halle.de)

*Thomas Linne*  
(thl@iwh-halle.de)



## Beschäftigungsfördernde Maßnahmen für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger – Die Sicht der Teilnehmer\*

*Im Rahmen einer Studie zu den Anreizwirkungen der Sozialhilfe hat das IWH Sozialhilfeempfänger befragt, die bundesweit an beschäftigungsfördernden Maßnahmen von Kommunen teilgenommen haben. Während die Effekte solcher Maßnahmen in Bezug auf die Arbeitsmarktintegration umstritten sind, stellen sich die Effekte für die soziale Integration, die im vorliegenden Beitrag betrachtet werden, günstiger dar. Aus der subjektiven Sicht der Teilnehmer überwiegt ein positiver Tenor bei der Beurteilung der Maßnahmen und des Maßnahmenerfolges. Diesen Erfolg messen die Befragten weniger an einer Integration in den ersten Arbeitsmarkt, die vielen Teilnehmern im Anschluss an die Maßnahme auch nicht gelingt. Wichtig ist ihnen, durch die Maßnahmenteilnahme überhaupt wieder an den Arbeitsalltag herangeführt zu werden, einen strukturierten Tagesablauf zu haben, ihr Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein zu heben, Isolation zu überwinden. Positiv bewerten die Maßnahmenteilnehmer auch, dass sie Neues lernen konnten. Qualifizierungsmaßnahmen werden kritischer beurteilt als Beschäftigungsmaßnahmen, gleichzeitig wird ihnen ein höherer Anteil am Gelingen eines Übergangs in den regulären Arbeitsmarkt zugeschrieben.*

*Die gegenwärtigen Maßnahmen sind durchaus sinnvoll, wenn es darum geht, die Lebenssituation der Betroffenen zu stabilisieren und sie mit Primärtugenden für die Arbeitswelt auszustatten (Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit etc.). Sie sind aber letztlich nur symptomorientiert und beseitigen nicht die Ursachen, die in die Sozialhilfeabhängigkeit geführt haben. Die Betroffenen unterliegen der Gefahr, über kurz oder lang wieder vor den gleichen Problemen zu stehen, die durch die Teilnahme an einer Maßnahme eigentlich beseitigt werden sollten.*

### **Arbeitslosigkeit und Sozialhilfepraxis**

In den sechziger Jahren, als das Bundessozialhilfegesetz in Kraft trat, wurde der Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt vornehmlich von Behinderten, Kranken, Pflegebedürftigen und alten Menschen in Anspruch genommen. Arbeitsfähige hingegen fanden genügend Erwerbsmöglichkeiten, um ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Diese Situation hat sich inzwischen verändert. Heute finden sich unter den Beziehern von Sozialhilfe Jugendliche, denen der Berufseinstieg nicht gelingt, Alleinerziehende ohne Job, Langzeitarbeitslose. Arbeitslosigkeit, vor allem das Herausfallen aus dem Arbeitslosenversicherungssystem infolge von Dauerarbeitslosigkeit, gilt mittlerweile als einer der Hauptgründe für den Sozialhilfebezug. Die Lasten dieser Entwicklung bekommen die Kommunen als Träger der Sozialhilfe zu spüren. In der öffentlichen Diskussion wird das unter dem Stichwort der Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit abgehandelt.<sup>6</sup>

Die Kommunen suchen verstärkt nach Wegen, die Belastungen für sich, aber auch für die von Sozialhilfe Betroffenen zu lindern. Dazu nutzen sie verstärkt die Möglichkeiten der kommunalen „Hilfe zur Arbeit“. Sie gehen immer mehr von einer passiven, alimentierenden Sozialhilfe zu einer aktiven, beschäftigungsfördernden über. Es gab im Jahr 2000 unter den etwa 2,7 Millionen Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfänger im engeren Sinn) ein geschätztes Potenzial von mehr als einer Million arbeitsfähiger Hilfeempfänger.<sup>7</sup> Über die Vermittlung einer passenden Arbeits- oder Qualifizierungsmöglichkeit für arbeitslose Hilfeempfänger versuchen die Kommunen, diese Personen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und so eine Kostenentlastung des kommunalen Haushalts zu erreichen. Vom Gesetzgeber werden die Kommunen unterstützt, die sozialhilferechtlichen Gestal-

\* Dieser Beitrag basiert auf einem im Februar 2001 abgeschlossenen Gutachten zu den Anreizwirkungen der Sozialhilfe, das im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellt wurde. Das vollständige Gutachten erscheint im Nomos-Verlag, Baden-Baden.

<sup>6</sup> Vgl. KLÖS, H.-P.: Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik, in: Ipsen, J. (Hrsg.), Arbeitslosigkeit – Herausforderung für Gemeinden und Kreise. Osnabrück 2000, S. 78-95.

<sup>7</sup> Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (<http://www.bma.de/sozialhilfe/stabu.htm>).

tungsmöglichkeiten auszuweiten. In den letzten Jahren hat dies zu einer Fülle von Maßnahmen geführt, die in den Kommunen zur Reintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern erprobt und eingesetzt wurden: die Gründung städtischer Beschäftigungsgesellschaften, die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten bei der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, Qualifizierungsmaßnahmen, die Gewährung von Einarbeitungs- und Lohnkostenzuschüssen, neue Wege in der lokalen Arbeitsvermittlung.<sup>8</sup> Während der Erfolg der Maßnahmen in Hinblick auf eine anschließende Integration in den regulären Arbeitsmarkt eher mäßig ist,<sup>9</sup> besitzen die Maßnahmen für die Teilnehmer oft einen nicht zu unterschätzenden sozialpsychologischen Wert, wie die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen.

### **Befragung von Maßnahmenteilnehmern**

Die empirische Basis für die subjektive Einschätzung beschäftigungsfördernder Maßnahmen bildet eine Fallstudienenerhebung, die IWH-Sozialhilfebefragung. Sie wurde im Sommer 2000 bei 200 Sozialhilfeempfängern in 12 ausgewählten Gebietskörperschaften in Ost- und Westdeutschland durchgeführt.<sup>10</sup> Die Erhebung fand als face-to-face-Interview mit einem standardisierten Fragebogen statt, ergänzt durch offen gestellte Fragen. Um Aussagen darüber treffen zu können, wie erfolgreich eine Maßnahme in Hinblick auf die Integration der Teilnehmer in das Erwerbsleben ist, muss ein hinreichend großer Zeitraum nach Beendigung der Maßnahmen beobachtbar sein. Deshalb wurde das

Jahr 1998 als Referenzzeitraum gewählt; es wurden also nur Personen befragt, die in jenem Jahr Sozialhilfe bezogen haben. Von diesen Sozialhilfeempfängern hatten 131 im Jahr 1998 an einer beschäftigungsfördernden Maßnahme teilgenommen und 69 nicht teilgenommen (im Folgenden als Nichtteilnehmer bezeichnet). Unter den Befragten befinden sich Aussiedler (18%) und Ausländer (15%). Für Maßnahmenteilnehmer und Nichtteilnehmer wurden jeweils spezifische Fragebogen eingesetzt. Bei den Teilnehmern wurde außerdem unterschieden nach der Teilnahme an einzelnen Maßnahmenarten. Eingeteilt wurden sie in die Kategorien Beschäftigungsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen und Maßnahmen der Arbeitsvermittlung. Dieses Herangehen ermöglichte die Erhebung differenzierterer Daten zu den Maßnahmen. Die Verteilung auf die einzelnen Maßnahmenarten zeigt Tabelle 1.

Tabelle 1:  
Verteilung der Stichprobe auf verschiedene Maßnahmenarten

	absolut	in %
<b>Basis</b>	<b>131</b>	<b>100</b>
Beschäftigungsmaßnahme	87	66
Qualifizierungsmaßnahme	38	29
Arbeitsvermittlung	6	5

Quelle: IWH-Sozialhilfebefragung 2000.

Da nur sehr wenige Befragte angaben, ein Beratungsgespräch der Arbeitsvermittlung absolviert zu haben, wird im Folgenden bei Aussagen, die nach Maßnahmenarten differenzieren, auf diesen Typ verzichtet und nur auf Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingegangen. In den Gesamtdarstellungen hingegen sind die Daten aller 131 Probanden enthalten. Die gewählte Herangehensweise hat einen starken explorativen Charakter. Dennoch ist es möglich, Typisches im Problemfeld „Maßnahmenteilnahme“ zu erkennen.

### **Maßnahmenteilnahme unterschiedlich motiviert**

Die gesetzlichen Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes BSHG legen in den §§ 18 bis 20 und 25 fest, welche Pflichten Sozialhilfeempfänger haben, aber auch, welche Fördermöglichkeiten es gibt. Grundsätzlich gilt, dass Hilfeempfänger verpflich-

<sup>8</sup> Einen Überblick über Maßnahmenkonzepte einzelner Kommunen bieten u. a. BÖCKMANN-SCHEWE, L.; RÖHRIG, A.: „Hilfe zur Arbeit“ – Analyse der Wirksamkeit öffentlich geförderter Beschäftigung für SozialhilfeempfängerInnen. Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe - Neue Folge 131. Düsseldorf 1997. – EMPETER, S.; FRICK, F. (Hrsg.): Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik in Kommunen – Strategien zur Integration von Sozialhilfeempfängern in das Erwerbsleben. (Bertelsmann-Stiftung) Gütersloh 1999.

<sup>9</sup> Vgl. SCHNEIDER, H.: Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Verschiebepolitik oder Ausweg aus der Sozialhilfeabhängigkeit? in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2001, S. 256-262.

<sup>10</sup> Diese Befragung war ein Bestandteil des Gutachtens zu den Anreizwirkungen der Sozialhilfe, das das IWH im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellt hat. Außerdem wurden Experten in den Kommunen befragt und das Beschäftigungspotenzial ausgewählter Konzepte zur Lohn- und Einkommenssubventionierung im Niedriglohnbereich geschätzt und bewertet.

tet sind, ihren Lebensunterhalt, soweit möglich, durch Arbeit zu bestreiten. Dabei kann und soll das Sozialamt Unterstützung geben. Verweigert ein Sozialhilfeempfänger eine für ihn zumutbare Arbeit, so kann ihm die Sozialhilfe gekürzt bzw. die Zahlung ganz eingestellt werden.

Diese Kürzung kommt in der Praxis eher selten zur Anwendung, wie die Untersuchung ergab. Aber die Sozialämter wenden die Instrumente der „Hilfe zur Arbeit“ breit an. So geben 70% der befragten Maßnahmenteilnehmer an, dass sie durch eine Aufforderung des Amtes in die Maßnahme gekommen sind. Lediglich jeder Vierte bemühte sich von sich aus um einen Platz in einer Maßnahme. Auffällig ist in diesem Zusammenhang der Unterschied nach Maßnahmenarten. Während 79% der Befragten in einer Beschäftigungsmaßnahme durch Aufforderung des Amtes und nur 16% durch Eigeninitiative dorthin gelangten, betrugen die entsprechenden Anteile bei den Teilnehmern an Qualifizierungsmaßnahmen 50% bzw. 42%. Der Grund für die höhere Eigenaktivität der Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen kann in der sozialstrukturellen Zusammensetzung dieser Gruppe gesehen werden. Zum einen sind deutlich mehr Höherqualifizierte in diesen Maßnahmen als in Beschäftigungsmaßnahmen, es kann eine stärkeres Interesse an einer Bildungsmaßnahme als an einem anderen Maßnahmentyp angenommen werden. Zum anderen befinden sich viele Aussiedler unter den zu qualifizierenden, die – nach Einschätzung von Experten in den Ämtern – von sich aus nach Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nachfragen und oft einen Sprachkurs belegen.

Welche Gründe die Befragten zu einer Maßnahmenteilnahme bewogen haben – unabhängig davon, wie sie in die Maßnahme kamen – zeigt Tabelle 2.

Die Daten zeigen zunächst einmal, dass der Druck seitens des Sozialamtes nicht dominierend ist. Die Vermeidung einer angedrohten Sozialhilfekürzung spielt als Motiv die geringste Rolle. Vielmehr geht es den Befragten darum, durch die Teilnahme an den Maßnahmen wieder Anschluss an den Arbeitsmarkt zu finden. Die Einkommensdimension hat dabei erwartungsgemäß eine hohe Wertigkeit, aber nicht die höchste. Mehr als die Hälfte aller Befragten hofft auch, durch die Maß-

nahme wieder in eine dauerhafte Beschäftigung zu kommen. Gelingt dies nicht, so kann man hierin ein beträchtliches Frustrationspotenzial erwarten. In der Studie schlägt sich das aber nicht in beträchtlichem Umfang nieder. Zwar bekundet ein Teil der Befragten, dass die Beschäftigung in den Maßnahmen Hoffnungen geweckt hat, nun wieder in ein „normales Arbeitsleben“ hineinzufinden und dass das Maßnahmenende dann Resignation erzeugt hat. Trotzdem sehen auch viele dieser Befragten Positives in den Maßnahmen. Die Bewertung der Maßnahmen scheint relativ unabhängig vom danach erreichten Erwerbsstatus zu sein, wie noch zu zeigen ist.

Tabelle 2:  
Motive für die Teilnahme an einer Maßnahme  
- in % -

	Beschäftigungs- maßnahme <sup>a</sup>	Qualifizierungs- maßnahme <sup>a</sup>
Wunsch nach sinnvoller Beschäftigung	77	55
Hoffnung auf Einkommensverbesserung	66	50
Aussicht auf dauerhafte Beschäftigung	62	58
Kontakt zu anderen Menschen	51	50
Rückkehr in die Sozialversicherung	29	16
Sozialamt drohte mit Kürzung der Sozialhilfe	17	5

<sup>a</sup> Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: IWH-Sozialhilfebefragung 2000.

### ***Hohe Akzeptanz der Maßnahmen bei den Teilnehmern***

Zunächst wird die Akzeptanz der Maßnahmen noch an anderen Indikatoren überprüft. So wurden den Befragten Statements zu den Maßnahmen vorgelegt, die auch Stigmata der öffentlichen Meinung widerspiegeln. Tabelle 3 zeigt den Anteil der Maßnahmenteilnehmer, die diesen Statements zustimmen.

Die Daten in Tabelle 3 dokumentieren eine hohe Akzeptanz der Maßnahmen durch die Teilnehmer. Die positiven Wertungen sind durchgängig stärker

besetzt als die negativen. Auffällig sind aber die Unterschiede nach Maßnahmenart. Mehr als doppelt so viele Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen als an Beschäftigungsmaßnahmen empfinden diese Tätigkeit als reine Beschäftigungstherapie. Andererseits beanstanden mehr Teilnehmer an einer Beschäftigungsmaßnahme den nicht qualifikationsgerechten Inhalt der Maßnahme. Die Tatsache, dass nur wenige Befragte mit dem Image der Maßnahme (unter der Würde, diskriminierend) Probleme haben, spricht einerseits für die Ausgestaltung der Maßnahmen und ist andererseits wohlmöglich auch das Ergebnis individueller Rationalisierung der Teilnahmeentscheidung.

Tabelle 3:  
Subjektive Bewertung von Maßnahmen  
- in % -

	Beschäftigungsmaßnahme <sup>a</sup>	Qualifizierungsmaßnahme <sup>a</sup>
<b>Positiv:</b>		
Gut, um wieder Zugang zum Erwerbsleben zu bekommen	78	68
Gut, um wieder mehr Selbstwertgefühl zu bekommen	70	61
Gut, um wieder unter Menschen zu kommen	76	61
<b>Negativ:</b>		
Die Bezahlung ist zu gering	31	24
Ist eigentlich unter der Würde	6	–
Entspricht eigentlich nicht der Qualifikation	38	26
Ist gesundheitlich nur schwer zu verkraften	6	–
Ist reine Beschäftigungstherapie	8	18
Ist für die Teilnehmer diskriminierend	5	3

<sup>a</sup> Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: IWH-Sozialhilfebefragung 2000.

### ***Inhalte der Maßnahmen***

Worauf fußen nun aber diese überwiegend positiven Aussagen zu den Maßnahmen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, sich mit den Inhalten der Maßnahmen und mit ihrem Effekt auf die Erwerbs- und Lebenssituation der Sozialhilfeempfänger genauer zu befassen. Da

die bisherigen Befunde differenzierte Bewertungen nach der Maßnahmenart gezeigt haben, wird wiederum zwischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unterschieden.

### ***Zu den Beschäftigungsmaßnahmen***

Die männlichen Teilnehmer arbeiteten vor allem in der Garten- und Landschaftspflege, im Handwerk (Maler- und Maurerarbeiten), in der Hausmeisterei, im Tiefbau, in Recycling und im Umweltschutz. Auch die weiblichen Teilnehmer waren zum Teil in Garten- und Landschaftspflege tätig, weit häufiger aber in der Hauswirtschaft (Küche, Wäschepflege) und im sozialen Bereich (als Betreuerin eines behinderten Kindes, als Pflegerin). Gelegentlich waren sie auch im Verwaltungsbereich (als Bürohilfe, in der Bücherei, im Archiv) eingesetzt.

Überwiegend handelte es sich um Arbeiten im unteren Qualifikationsbereich. Nur in wenigen Ausnahmefällen wurden qualifizierte Tätigkeiten ausgeübt (z. B. Sachbearbeitung, sozialpädagogische Arbeit, Ingenieurstätigkeiten).

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer gab an, dass die Tätigkeit nicht der Ausbildung entsprochen habe. Etwa bei einem Viertel entsprach sie zumindest teilweise der Ausbildung. Der Rest hatte keine Ausbildung.

Mehr als drei Viertel der Betroffenen hätten die Stelle auch angenommen, wenn sie auf dem freien Arbeitsmarkt angeboten worden wäre, tendenziell häufiger Frauen und Ältere. Die überwiegende Mehrheit derer, die nicht mehr in der Maßnahme waren (in der Regel, weil die Befristung auslief), hätte die Beschäftigung gern fortgesetzt, dabei alle Aussiedler.

Bei vier von fünf Teilnehmern hat sich die Einkommenssituation mit dem Eintritt in die Beschäftigungsmaßnahme verbessert, und zwar im Durchschnitt um 658 DM monatlich. Nur bei 18% der Betroffenen ist sie unverändert geblieben und bei 2% hat sie sich verschlechtert. Die geäußerte Hoffnung auf eine Einkommensverbesserung hat sich also für die meisten während der Maßnamenteilnahme erfüllt.

### ***Zu den Qualifizierungsmaßnahmen***

Die Qualifizierungsmaßnahmen vermittelten vorrangig lebenspraktisches Wissen und Computerkennt-

nisse (vgl. Tabelle 4). Neben berufsspezifischen Kenntnissen (wie handwerklichen Fertigkeiten oder kaufmännischem Wissen) waren aber auch Sprachkurse für Aussiedler und Ausländer von Bedeutung.

Tabelle 4:  
Vermittelte Kenntnisse in Qualifizierungsmaßnahmen (Mehrfachnennungen)  
- Anzahl der Nennungen -

<b>Basis (absolut)</b>	<b>38</b>
Lebenspraktisches Wissen/ Bewerbungstraining	19
Computerwissen	18
Handwerkliche Kenntnisse und Fähigkeiten	16
Rechtskenntnisse	16
Kaufmännisches Wissen	13
Deutsche Sprachkenntnisse für Aussiedler/Ausländer	12
Pflegerisches Wissen	6
Pädagogisches Wissen	4
Nachholen eines Schulabschlusses	1
Sonstiges	6

Quelle: IWH-Sozialhilfebefragung 2000.

Unter „Sonstiges“ wurden beispielsweise genannt: Managementtechniken, Wirtschaftsenglisch, Kindergartenpraktikum, Fahren von Spezialfahrzeugen.

Die Inhalte der Maßnahmen fanden 39% der Teilnehmer „genau richtig“ (Mehrfachnennungen). 37% bewerteten sie mit „interessant und abwechslungsreich“. Mehr als ein Viertel der Teilnehmer meinten, sie seien „zu theoretisch“ gewesen, und fast ebenso viele waren unterfordert („zu wenig Neues für mich“).

Die Mehrzahl dieser Maßnahmen (58%) wies eine spezifische Zielgruppenorientierung auf (Frauen, Sozialhilfeempfänger, Aussiedler, Langzeitarbeitslose).

Aus der Sicht der Teilnehmer war knapp die Hälfte der Maßnahmen auf den konkreten Bedarf am Arbeitsmarkt gerichtet. 37% verneinten dies und 16% konnten das nicht einschätzen. Überwiegend sei die Maßnahme auch nicht mit einer gezielten Vermittlung in den Arbeitsmarkt verbunden gewesen (79%).

Bei der Hälfte aller Betroffenen hat sich die Einkommenssituation mit dem Eintritt in die Maßnahme verbessert. Verschlechtert hat sie sich nur in einem Fall. Im Durchschnitt verbesserte sich das Netto-Einkommen nach Angaben der Befragten um 680 DM<sup>11</sup> monatlich. Insgesamt stellt sich die Einkommenssituation bei den Teilnehmern an Qualifizierungsmaßnahmen also besser dar als bei denen an Beschäftigungsmaßnahmen.

Welche Faktoren heben alle Teilnehmer (also nicht getrennt nach Maßnahmentypen) bei offener Fragestellung generell positiv hervor?

Die positiven Nennungen stellen meist eine Mischung aus berufs- bzw. arbeitsbezogenen und persönlichkeitsbezogenen Äußerungen dar. In der Regel wird eine Kombination aus verschiedenen Argumentationssträngen formuliert. Auffallend ist, dass die Verbesserung der finanziellen Verhältnisse nicht an erster Rangstelle genannt wird. Weitaus häufiger wird betont, dass die Maßnahme aus einer Isolation herausgeführt hat, Kontakte zu anderen Menschen (in der gleichen Situation) geknüpft werden konnten. Das Selbstwertgefühl wurde gestärkt, man hatte eine sinnvolle Beschäftigung und konnte etwas lernen.

Erwartungsgemäß wurden auch negative Bewertungen abgegeben, allerdings wesentlich seltener als positive. Während nur drei Teilnehmer keine positiven Anmerkungen hatten, gab es in 15 Fällen keine kritischen Äußerungen.

Kritik, die häufig zugleich mit Verbesserungsvorschlägen verbunden wurde, wurde an folgenden Sachverhalten geübt:

Die mit Abstand häufigsten Nennungen bezogen sich auf das Bedauern, dass man die gefundene Arbeit nur befristet ausüben könne. Die Unsicherheit über die Beschäftigungssituation nach der Maßnahme bzw. eine fehlende berufliche Perspektive löste vielfach Ängste und Resignation aus.

<sup>11</sup> Teilnehmern an Bildungsmaßnahmen wird häufig nur eine Aufwandsentschädigung (Fahrtkosten etc.) gezahlt bzw. die Mehraufwandsvariante wird angewendet. Das sind in der Regel Summen zwischen 200 DM und 300 DM. Der in der vorliegenden Untersuchung ermittelte Wert erscheint deshalb überhöht, ergibt sich aber aus den Angaben der Befragten. Er könnte auf die häufig praktizierte Kopplung von Qualifizierung mit Beschäftigungsmaßnahmen zurückzuführen sein.

Ein schlechtes Arbeitsklima wurde von vergleichsweise vielen Teilnehmern genannt, allerdings vor jeweils unterschiedlichem Hintergrund. Ein Teil der Befragten beklagte sich über Diskriminierungen, denen sie als Sozialhilfeempfänger oder Ausländer ausgesetzt gewesen seien. Ein anderer Teil fühlte sich ausgenutzt und musste „unwürdige“ Tätigkeiten verrichten, was sich wiederum negativ auf die Zusammenarbeit und die Atmosphäre zwischen den Kollegen ausgewirkt hatte.

Sehr unterschiedliche Kritik wurde an den Arbeitsbedingungen geübt: zuviel Bürokratie und Hierarchie, aber auch chaotische Arbeitsorganisation, häufiger Wechsel des Arbeitsplatzes, zu wenig Einsatz von modernen Geräten und Maschinen (in den neuen Ländern). Vielfach sei der Arbeitsschutz nicht eingehalten worden. Die Arbeit sei gefährlich gewesen, gelegentlich wurde auch Alkoholgenuß während der Arbeit beobachtet.

Die im Rahmen der Beschäftigungsmaßnahme durchgeführten Schulungen und Kurse wurden von einem Teil der Betroffenen als „zu langweilig“, „zu theoretisch“, „überflüssig“ bezeichnet. Dies habe vielfach an den schlechten, unmotivierten und unqualifizierten Lehrern gelegen. Ein Teil der Befragten fühlte sich unterfordert und unangemessen behandelt.

In den subjektiven Einschätzungen der Maßnahmentypen werden Qualifizierungsmaßnahmen tendenziell kritischer bewertet als Beschäftigungsmaßnahmen, was aber mit den Erwartungshaltungen zusammenhängen könnte. Nicht jede Qualifizierung verdient nach Ansicht der Befragten diese Bezeichnung auch. Unterschiedliche intellektuelle Voraussetzungen und Fähigkeiten wirken sich hier stärker aus als bei Beschäftigungsmaßnahmen, von denen man von vornherein nicht erwartet, dass sie hohe Qualifizierung oder gar Spezialistentum abverlangen.

### ***Integration in regulären Arbeitsmarkt gelingt häufig nicht – Maßnahmen unnütz?***

Etwa 80% der Befragten in der Stichprobe waren vor der Teilnahme an einer Maßnahme arbeitslos. Eine Erwerbstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt übten weniger als 10% von ihnen aus. Im Anschluss an die Maßnahme sinkt der Anteil der Arbeitslosen um etwa 20 Prozentpunkte ab. Genauso groß ist in

etwa der Anteil der Teilnehmer, die unmittelbar im Anschluss an die Maßnahme einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt fanden. Auch fünf bis acht Monate nach Abschluss der Maßnahmen ist die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bei einigen Befragten zu beobachten und dürfte ebenfalls noch den Effekten der Maßnahmenteilnahme zuzuschreiben sein. Die Ergebnisse der Befragung der Sozialhilfeempfänger zeigen somit, dass die Teilnahme an einer beschäftigungsfördernden Maßnahme durchaus positive Effekte für die Betroffenen bringt.<sup>12</sup>

Bezogen auf die Differenzierung nach Maßnahmentypen zeigen sich in den Verlaufsmustern keine markanten Unterschiede. Zum Befragungszeitpunkt, der allerdings individuell unterschiedlich weit vom Zeitpunkt der Maßnahmenteilnahme entfernt ist, waren 28% der Teilnehmer an Beschäftigungsmaßnahmen und 37% der Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen im regulären Arbeitsmarkt beschäftigt. Arbeitslos gemeldet waren 48% bzw. 42% der jeweiligen Teilnehmer.

Ein Viertel der Maßnahmenteilnehmer verbleibt allerdings auch nach Maßnahmenende dauerhaft in der Sozialhilfeabhängigkeit.

Tabelle 5:  
Beitrag der Maßnahme zur heutigen Tätigkeit  
(Mehrfachnennungen)  
- in % -

	alle Teilnehmer	Beschäftigungsmaßnahmen	Qualifizierungsmaßnahmen
<b>Basis (absolut)</b>	<b>54<sup>a</sup></b>	<b>36</b>	<b>16</b>
gar nichts	46	58	19
damals Gelerntes kann ich hier anwenden	44	33	75
damalige Kontakte halfen bei der Stellenfindung	17	17	13

Basis: Alle Maßnahmenteilnehmer, die zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig waren. – <sup>a</sup> Die Absolutzahl aller Teilnehmer liegt deshalb über der Summe der Teilnehmer an den beiden Maßnahmenarten, weil auch zwei Teilnehmer an der Arbeitsvermittlung zum Befragungszeitpunkt erwerbstätig waren.

Quelle: IWH-Sozialhilfebefragung 2000.

<sup>12</sup> Vgl. SCHNEIDER, H., a. a. O., S. 258.

Wie die Befragten, die im Anschluss an die Maßnahme eine Erwerbstätigkeit im regulären Arbeitsmarkt fanden, selbst im Rückblick den Beitrag der Maßnahme zu ihrem aktuellen Status sehen, zeigt Tabelle 5.

Diese Aussagen sind durchaus ernüchternd: Fast die Hälfte der Befragten meint, dass die Maßnahme nichts zu ihrer heutigen beruflichen Situation beigetragen habe. Allerdings sind auch fast ebenso viele davon überzeugt, dass sie das damals Gelernte jetzt anwenden können. Obwohl die subjektive Zufriedenheit mit den Qualifizierungsmaßnahmen geringer ist als mit den Beschäftigungsmaßnahmen, wird ihr Beitrag zur Rückkehr in reguläre Beschäftigung höher bewertet. In den Daten der vorliegenden Untersuchung ausgedrückt, liest sich die arbeitsmarktpolitische Bilanz dann folgendermaßen: Von 131 Teilnehmern an beschäftigungsfördernden Maßnahmen im Jahr 1998 waren im Sommer 2000 54 Personen erwerbstätig, davon 40 im regulären Arbeitsmarkt. Von all diesen Erwerbstätigen wiederum gibt fast die Hälfte an, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Maßnahme und dem aktuellen Status gibt. Sollte man die Maßnahmen dann einfach abschaffen? Dagegen kann die sozialpsychologische Komponente der Maßnahmenteilnahme sprechen. Die entspre-

chenden Befunde haben gezeigt, dass die Bewertung der absolvierten Maßnahmen nicht nur auf eine gelungene oder auch misslungene Rückkehr in den Arbeitsmarkt zurückzuführen ist, sondern dass die Befragten auch Kriterien jenseits dieses harten Datums heranziehen, die ihre persönliche Lebenssituation betreffen. Und auf diese Befindlichkeiten haben die Maßnahmen bei der Mehrzahl der Betroffenen einen positiven Einfluss ausgeübt. Solange es zur gegenwärtigen Sozialhilfepraxis keine bessere Alternative gibt, erfüllen die Maßnahmen in gewisser Weise ihren Zweck. Sie sind aber letztendlich nur symptomorientiert. In eine Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt münden sie noch zu wenig, und sie beseitigen auch nicht die Ursachen, die in die Sozialhilfeabhängigkeit geführt haben.

Erstrebenswert erscheint vor dem Hintergrund der geschilderten Untersuchungsergebnisse die Gestaltung institutioneller Rahmenbedingungen, die von vornherein dazu beitragen können, den Anteil von Menschen niedrig zu halten, die durch solche Maßnahmen überhaupt erst einmal wieder fit für Alltag und Arbeit gemacht werden müssen.

Cornelia Lang  
(cln@iwh-halle.de)

## Innovativ und international – mit regionalem Personal: Ergebnisse einer Befragung von New Economy-Unternehmen in Sachsen und Thüringen

*Als entscheidender Engpass für ein Wachstum der New Economy wird häufig der Bestand an entsprechendem Humankapital gesehen. In Ostdeutschland, wo New Economy-Unternehmen eher noch schwächer vertreten sind als in Westdeutschland, existieren für die Etablierung gerade dieser Branchen aber grundsätzlich günstige Voraussetzungen angesichts einer modernen Wissenschaftsinfrastruktur. Wie sich vor diesem Hintergrund Leistungsfähigkeit und Fachkräftesituation ostdeutscher Unternehmen der Biotechnologie und der Informationstechnologie entwickelt haben, ist Gegenstand einer Befragung des IWH. Die Ergebnisse geben Anlass zu gewissem Optimismus. So sind die Un-*

*ternehmen in ihrer großen Mehrheit innovativ und auf überregionalen, teilweise auch internationalen Märkten tätig. Auffällig ist, dass die Unternehmen sich dabei weitestgehend auf in der unmittelbaren Umgebung angeworbene Fachkräfte stützen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Ein wesentlicher Grund ist das gute regionale Fachkräfteangebot (resultierend aus der vorhandenen Wissenschaftsinfrastruktur), zum anderen ist die Nachfrage wegen der noch geringen Etablierung von New Economy-Unternehmen in den neuen Ländern begrenzt. Angesichts dieser Konstellation hat die Green Card bisher für ostdeutsche Unternehmen nicht die Bedeutung wie für westdeutsche.*

In den neunziger Jahren kam es zu einer Abkoppelung Deutschlands, aber auch Europas von der wirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten. Während bislang Wirtschaftsaufschwünge (und -abschwünge) in den USA lediglich früher einsetzten, d. h. Europa mit zeitlicher Verzögerung der konjunkturellen Entwicklung der USA folgte, blieben die europäischen Länder diesmal längerfristig zurück. Als Ursache für die hohen US-Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (bei sehr moderater Inflation) wird das dortige Aufkommen der neuen Technologien und der hieraus entstandenen sog. New Economy gesehen.<sup>13</sup> Die vermeintliche konjunkturelle Divergenz hat offenbar strukturelle Ursachen. Bisher ist es in der „Alten Welt“ nur sehr begrenzt gelungen, die Entwicklung und Produktion dieser neuen Technologien, allen voran die Informationstechnologie, aber auch die Biotechnologie, zu etablieren. Besteht dies fort, könnte ein dauerhaft vergrößerter Niveau-rückstand Europas in der Wirtschaftskraft resultieren. Auch Deutschland partizipiert am Aufkommen der neuen Technologien bisher recht wenig. Besonders gegenüber den USA, aber auch innerhalb Europas zeichnet sich keine wirkliche Vorreiterrolle ab.<sup>14</sup> Dies ist nicht zuletzt insofern bedenklich, als dass für Deutschland die Entwicklung und Herstellung von Hightechgütern bislang einen wesentlichen Garanten des Wohlstandsniveaus bildete.

Für Ostdeutschland ist die Partizipation an der New Economy sogar noch geringer als für Westdeutschland.<sup>15</sup> Dabei gibt es eigentlich günstige Voraussetzungen. Angesichts der transformations-

bedingten Strukturumbrüche dürfte hier eine hohe Anpassungsflexibilität bestehen. Zudem existieren in Ostdeutschland überdurchschnittlich viele Forschungsinstitute, die mit der Entwicklung dieser neuen Technologien beschäftigt sind.<sup>16</sup> Hinzu kommt eine allgemein leistungsfähige Wissenschaftsinfrastruktur in Form zahlreicher Hoch- und Fachhochschulen. Diese wurden seit Beginn der neunziger Jahre grundlegend reformiert und sind in verschiedener Hinsicht (Organisationsstrukturen, Studieninhalte, technische Ausstattung) heute meist moderner als jene in den alten Ländern. Allerdings ist seit 1998 wieder eine verstärkte Abwanderung<sup>17</sup> von Hochschulabsolventen in die alten Länder beobachtbar. Dieses Problem dürfte umso dauerhafter sein, je ungünstiger die wirtschaftliche Situation bzw. die entsprechenden Perspektiven des derzeitigen Unternehmensbestands in Ostdeutschland sind – womit ein Teufelskreis sichtbar wird.

In den vergangenen Jahren wurde für ostdeutsche Unternehmen als charakteristisch angesehen, dass sie produktivitätsschwach und – damit meist verbunden – eher auf regionale Märkte gerichtet sind und somit entsprechend ungünstige Perspektiven haben. Inzwischen zeigt sich zwar ein Aufholprozess, westdeutsche Exportquoten werden aber noch nicht erreicht.<sup>18</sup> Ein wichtiges strategisches Mittel, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, stellen hierbei eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten dar. Auch diesbezüglich ist der Anpassungsprozess in den neuen Ländern jedoch noch nicht abgeschlossen.<sup>19</sup>

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Situation bestehender Unternehmen der New Economy in Ostdeutschland untersucht. Die Grundlage dafür bildet eine Befragung von Unternehmen der Branchen Informationstechnologie und Biotech-

<sup>13</sup> Vgl. hierzu JORGENSEN, D. W.: Information Technology and the U.S. Economy, in: The American Economic Review, Volume 91, 2001, pp. 1-32.

<sup>14</sup> Für die Biotechnologie ist hier derzeit das Vereinigte Königreich dominant, im IT-Bereich spielen außerdem skandinavische Länder eine Führungsrolle.

<sup>15</sup> Agglomerationen von Unternehmen der New Economy sind in Ostdeutschland seitens der Informationstechnologie weitgehend auf Dresden und vereinzelt auf kleinere thüringische Standorte sowie bezüglich der Biotechnologie auf den Großraum Berlin sowie die Region Leipzig-Halle-Jena konzentriert. Für die Biotechnologie befindet sich nur etwa jedes siebte Unternehmen Deutschlands in den neuen Ländern (für die IT-Branche liegen angesichts sehr unterschiedlicher Abgrenzungsformen keine zuverlässige Vergleichswerte vor). Vgl. zur regionalen Aufteilung von Unternehmen der Biotechnologie <http://www.ernst-young.de>.

<sup>16</sup> Vgl. dazu DG BANK: Hightech in Ostdeutschland. Wirtschaftliche Entwicklung und Erfolgsfaktoren. Frankfurt am Main 2001, S. 103 f.

<sup>17</sup> Vgl. KEMPE, W.: Neuer Trend in der Bildungsstruktur der Ost-West-Wanderung?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2001, S. 205-210.

<sup>18</sup> Vgl. dazu DIW, IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Neunzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 5/1999, S. 116 ff.

<sup>19</sup> Vgl. ebenda, S. 195 ff.



nologie,<sup>20</sup> die im Juni/Juli 2001 durchgeführt wurde. Im Vordergrund stehen Fragen nach der Charakteristik dieser Unternehmen innerhalb der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur, beispielsweise: Wo placieren sie sich im Spannungsfeld zwischen Wissens- bzw. Technologietransfer und eigener Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, zwischen regionaler und überregionaler Marktaktivität? Wie beurteilen sie ihre personelle Situation, deren weitere Perspektiven sowie die zukünftig notwendigen Maßnahmen auf diesem Sektor?

### ***Untersuchungsmethode und grundlegende Charakteristika der befragten Unternehmen***

Die Befragung fand in den Bundesländern Sachsen und Thüringen statt, wo sich Schwerpunkte der zur New Economy Ostdeutschlands zählenden Unternehmen befinden.<sup>21</sup> Die Stichprobe wurde auf der Grundlage verfügbarer Unternehmensverzeichnisse für Biotechnologie (im Folgenden BT) und Informationstechnologie (im Folgenden IT) gezogen. So entstand ein Adressenpool von 373 Unternehmen in den beiden Bundesländern. Als Erstkontakt wurden alle Unternehmen angeschrieben und ihnen eine telefonische Umfrage angekündigt. Für die Telefonerhebung konnten 155 Unternehmen gewonnen werden, was nach der Bereinigung um neutrale Ausfälle einer Beteiligungsquote von 48% entspricht. Hiervon gehören 124 Unternehmen der IT und 31 Unternehmen der BT an, für die sich damit Rücklaufquoten von 56% bzw. 36% ergeben.

Die Erfassung grundlegender Daten zeigt, dass die befragten ostdeutschen Unternehmen der New Economy eher jung sind und in ihrer großen Mehrheit auch kleine Betriebsgrößen aufweisen (rund 90% der Unternehmen haben weniger als 50 Beschäftigte). Die Mehrheit dieser Unternehmen (61%) wurde bereits zu Beginn des Transformationsprozesses, d. h. in den Jahren 1990 und 1991 gegründet, nur 15% der Unternehmen entstanden seit 1995. Die aktuelle Geschäftslage wird von der Mehrzahl der Unternehmen als „gut“ (56%) oder immerhin

„eher gut“ (34%) bewertet. Nach BT und IT differenziert zeigen sich hier kaum Unterschiede. Deutlich wird dagegen, dass gerade relativ frühzeitig errichtete Unternehmen ihre Geschäftslage als günstig ansehen; offenbar hat unter den frühzeitig errichteten Unternehmen die Marktbereinigung schon weitgehend stattgefunden. Auf eine erfolgreiche Etablierung der Unternehmen deutet hin, dass annähernd die Hälfte von ihnen bereits auf internationalen Märkten Fuß gefasst hat, und für etwa ein Drittel der Unternehmen der Markt ihrer Region weniger bedeutend ist (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:  
Marktausrichtung von NE-Unternehmen<sup>a</sup>  
- Angaben in % -

	Aktivität auf regionalem Markt <sup>b</sup>	Aktivität auf überregionalen Märkten	Aktivität auf internationalen Märkten
Insgesamt	66	83	49
BT	52	87	81
IT	70	82	41

<sup>a</sup> Mehrfachnennungen möglich. – <sup>b</sup> Im Umkreis von 50 km.

Quelle: New Economy-Befragung des IWH.

Die strategische bzw. inhaltliche Ausrichtung der befragten Unternehmen zeigt Tabelle 2. Deutlich wird eine hohe Innovationsorientierung der Unternehmen, die in der BT noch ausgeprägter ist als in der IT. Die befragten BT-Unternehmen weisen nahezu durchweg eine eigene Innovationstätigkeit auf und verzichten gleichzeitig weitaus häufiger auf die Übernahme fremder Produkte bzw. Leistungen. Die Innovationsstrategie der Unternehmen geht dabei eng mit Kooperationen einher. Von allen innovativ tätigen Unternehmen arbeiten 67% mit anderen Unternehmen zusammen, um gemeinsam neue Produkte zu entwickeln. BT-Unternehmen sind hierbei aktiver als IT-Unternehmen (73% zu 65%). Die Imitation fremder Produkte spielt immerhin noch für 40% aller innovativen Unternehmen eine Rolle, stärker im IT-Bereich (45%) als in der BT (23%).

Die Unternehmen sind international und innovativ ausgerichtet. Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Innovationsneigung und dem Engagement auf ausländischen Märkten.

<sup>20</sup> Zur New Economy zählen auch Unternehmen anderer Branchen wie Energietechnik, Neue Werkstoffe und Nanotechnologie. Biotechnologie und Informationstechnologie dominieren aber innerhalb der ostdeutschen New Economy-Landschaft. Vgl. DG BANK, a. a. O., S. 32.

<sup>21</sup> Vgl. ebenda, S. 34 f.

Von denjenigen Unternehmen, die keine eigene Innovationstätigkeit aufweisen, sind nach ihren Aussagen auch 84% nicht auf internationalen Märkten vertreten, und umgekehrt betreiben 93% der international agierenden Unternehmen eigene Forschung und Entwicklung. Auch ein weiteres Kriterium, das zur Charakterisierung von NE-Unternehmen herangezogen wird – eine ausgeprägte Kooperationsneigung, bedingt durch die technologische Komplexität dieser Branchen und die meist kleinen Betriebsgrößen –, findet sich in diesen ost-deutschen Unternehmen wieder, vor allem in der Biotechnologie.

Tabelle 2:  
Strategische Aktivitäten von NE-Unternehmen<sup>a</sup>  
- Angaben in % -

	Innovations- tätigkeit	Imitations- tätigkeit	Kooperation mit anderen Unternehmen
Insgesamt	80	43	57
BT	97	23	74
IT	76	48	52

<sup>a</sup> Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: New Economy-Befragung des IWH.

Wesentlich für die Perspektiven dieser Unternehmen ist aber, ob sie ein weiteres Wachstum anstreben und inwiefern hierfür genügend leistungsfähige Fachkräfte zur Verfügung stehen.

### **Probleme und Perspektiven der Personalsituation**

Die befragten Unternehmen sind mit der Qualifikation ihrer vorhandenen Fachkräfte für eigene Produktentwicklung und -herstellung sehr zufrieden, bleiben jedoch mehrheitlich dabei nicht stehen. Die Daten verweisen auf die wichtige Rolle, die der innerbetrieblichen Weiterbildung für die Realisierung des erforderlichen Qualifikationsniveaus zugeschrieben wird. 78% der Unternehmen nutzen diese Form, die inhaltlich und vom zeitlichen Umfang her sehr verschieden gestaltet sein kann. Damit rangiert die interne Weiterbildung deutlich vor der externen Weiterbildung, die aber auch noch für 54% der Unternehmen eine Rolle spielt. An dritter Stelle steht die Neueinstellung von Mitarbeitern. Es folgt die Kompensation feh-

lender Qualifikation durch Kooperation mit anderen Unternehmen (39% der Unternehmen). Während es bei den anderen Qualifizierungsmöglichkeiten keine nennenswerten Unterschiede in der Anwendungshäufigkeit zwischen den Branchen gibt, nutzen deutlich mehr BT-Unternehmen die Kooperation (48% im Vergleich zu 36% bei den IT-Unternehmen). Die Entwicklung des Fachkräftebestandes in den New Economy-Unternehmen weist auf einen Zuwachs in den letzten zwölf Monaten hin (vgl. Tabelle 3). Knapp zwei Drittel der Unternehmen verzeichneten Neueinstellungen, wobei die Entwicklung in der BT dynamischer war als in der IT. Es gab allerdings auch einige Unternehmen (insgesamt 23), die beabsichtigte Neueinstellungen nicht oder nicht im gewünschten Umfang realisieren konnten; dies war für die IT-Branche ausgeprägter. Als Gründe wurden zu hohe Gehaltsforderungen der Bewerber genannt (57%) sowie das Fehlen qualifizierter Bewerber in der Region (ebenfalls 57%; Mehrfachnennungen waren möglich). Nur zwei Unternehmen führten nicht realisierte Neueinstellungen darauf zurück, dass der Standort für Bewerber unattraktiv sei.

Tabelle 3:  
Fachkräftesituation in den letzten zwölf Monaten  
- Angaben in % -

	Insgesamt <sup>a</sup>	BT	IT <sup>a</sup>
Neueinstellungen realisiert	63	77	60
Neueinstellungen nicht notwendig	20	16	21
Neueinstellungen waren notwendig, konnten aber nicht realisiert werden	15	7	17

<sup>a</sup>) Differenz zu 100%: keine Angabe

Quelle: New Economy-Befragung des IWH.

Knapp 90% aller befragten Unternehmen sehen gute Möglichkeiten, das vorhandene Fachpersonal im Unternehmen zu halten. Die BT-Unternehmen sind diesbezüglich noch etwas optimistischer als die der IT-Branche. Für jene 9% der Unternehmen, die diese Möglichkeit nicht so gut beurteilen (insgesamt 14), ist der wichtigste Grund, dass keine entsprechenden Gehälter gezahlt werden können (rund 70%). Zwei Unternehmen vermuten, dass ihr Standort eine unzureichende Lebensqualität aufweist.

Es wurde schon für die vergangenen Monate eine Tendenz zur Erhöhung des Humankapitalbestandes bei den Unternehmen sichtbar. Dies setzt sich offenbar in Zukunft weiter fort, wie aus Tabelle 4 zu erkennen ist. Etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen geht von einer Erhöhung des Personalbestandes aus. Auch hier dokumentiert sich für die BT-Branche wieder eine dynamischere Entwicklung. Wird bezogen auf die zukünftige Personalentwicklung nach der strategischen Ausrichtung der Unternehmen differenziert, so zeigen sich signifikante Zusammenhänge: innovative und auf überregionale, vor allem auf ausländische Märkte strebende Unternehmen wollen ihren Bestand an fachspezifischem Humankapital ausweiten.<sup>22</sup> Das trifft – in etwas schwächerem Maße – auch auf Unternehmen zu, die zu Forschungs- und Entwicklungszwecken eng mit anderen Unternehmen kooperieren, wobei es hier, wie an anderer Stelle bereits erläutert, eine hohe Überschneidung zwischen beiden Tätigkeitsfeldern gibt.

Tabelle 4:  
Künftige Personalentwicklung  
- Angaben in % -

	Insgesamt	BT	IT
Personalbestand wird eher zunehmen	54	73	50
Personalbestand wird eher stabil bleiben	44	27	48
Personalbestand wird eher sinken	2	0	2

Quelle: New Economy-Befragung des IWH.

### **Regionale Konzentration in der Personalanwerbung: Green Card unnötig?**

Die bisherige Praxis der Personalanwerbung zeigt eine ausgeprägte Konzentration der Unternehmen auf die unmittelbare Umgebung. Rund 90% der Unternehmen rekrutieren ihre Fachkräfte primär innerhalb der eigenen Region (d. h. im Umkreis von 50 km). Nur knapp die Hälfte dieser Unternehmen begründet dies aber mit einem ausreichenden Bewerberangebot in ihrer Region. Häufig sind

<sup>22</sup> Eine Differenzierung nach Branchen ist an dieser Stelle nicht sinnvoll, da die Fallzahlen pro Zelle für die BT-Unternehmen zu gering sind.

vielmehr die Gehaltsforderungen westdeutscher Bewerber nicht finanzierbar (54%), oder es mangelt aus Sicht der Unternehmen an der Bereitschaft der Bewerber zur Übersiedlung nach Sachsen bzw. Thüringen (24%).<sup>23</sup> Auffällig ist dabei der Branchenunterschied: so leiden BT-Unternehmen deutlich weniger als IT-Unternehmen unter örtlich fehlenden Fachkräften und sind auch öfter in der Lage, Gehaltsforderungen westdeutscher Bewerber zu erfüllen. Es wurden jedoch noch weitere Ursachen für eine Konzentration bzw. Bevorzugung lokaler Fachkräfte genannt, die bei einigen Unternehmen auf eine starke Identifikation mit der eigenen Region hindeuten bzw. Lokalpatriotismus erkennen lassen. Das betrifft aber nur eine Minderheit von Unternehmen (10%).

Der regionalen Konzentration der Personalanwerbung entspricht auch die Einstellung der Unternehmen zur Green Card (vgl. Tabelle 5). Lediglich drei Prozent der Unternehmen nutzen diese bereits. Allerdings ist ein grundsätzliches Interesse an der Green Card durchaus vorhanden. So beabsichtigen 10% der Unternehmen deren künftige Nutzung, und weitere 11% würden dies nach eigenen Angaben tun, wenn die Nutzung nicht infolge der Mindestgehaltsregelung so kostspielig wäre. Die übrigen Unternehmen schätzen dagegen entweder für ihren Fachkräftebedarf das vorhandene Personalangebot als ausreichend ein oder sehen die Green Card als irrelevant für ihre Personalbedürfnisse an. Branchenunterschiede sind hier jeweils eher gering.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Im Vergleich zu anderen Regionen deutet sich hier eine relative Zufriedenheit der ostdeutschen NE-Unternehmen mit den örtlich vorhandenen Fachkräften an. Eine Untersuchung für den Raum Stuttgart zeigt z. B., dass sich dort rund zwei Drittel der NE-Unternehmen infolge fehlender Fachkräfte in ihrem Wachstum beschränkt sehen (vgl. Akademie für Technologiefolgenabschätzung in Baden-Württemberg, TA-Informationen 3/2001, S. 9-13). Dieser Anteil fiel noch ungleich höher aus, wenn die Unternehmen vornehmlich auf Fachkräfte aus der eigenen Region zurückgreifen würden. Die Unterschiede hier dürften maßgeblich daher rühren, dass NE-Unternehmen in Baden-Württemberg eine noch größere Expansionsdynamik aufweisen als jene in Sachsen und Thüringen.

<sup>24</sup> Dies mag überraschend erscheinen, da doch die Green Card explizit auf IT-Fachkräfte beschränkt ist. Allerdings bildet die IT technologische Möglichkeiten, die für zahlreiche Branchen eine Herausforderung bilden. Dies gilt auch und gerade für hochgradig innovative Branchen wie die Biotechnologie.

Insgesamt deutet sich somit eine recht differenzierte Einstellung der Unternehmen zur Green Card an, die ein Spiegelbild der unterschiedlichen Qualität der hier in der IT bzw. BT erfassten Unternehmen wiedergeben dürfte. So sind es vor allem innovative und international tätige Unternehmen, welche die Green Card entweder schon heute nutzen oder dies für die Zukunft beabsichtigen. Gleiches gilt für jene Unternehmen, die grundsätzlich an der Green Card interessiert sind, denen eine Nutzung jedoch derzeit als zu aufwendig erscheint.

Tabelle 5:  
Einschätzung der Green Card  
- Angaben in % -

	Ins- gesamt <sup>a</sup>	BT <sup>a</sup>	IT <sup>a</sup>
Wird bereits genutzt	3	3	3
Soll zukünftig genutzt werden	10	13	9
Möchte genutzt werden, ist aber zu teuer	11	7	12
Nicht notwendig, da Personal in Deutschland für Unterneh- men ausreichend vorhanden	28	29	28
Für Unternehmen bedeutungslos	44	45	44

<sup>a</sup> Differenz zu 100%: keine Angabe.

Quelle: New Economy-Befragung des IWH.

### Was ist zu tun?

Die Ergebnisse der Befragung vermitteln ein Bild, das in Ostdeutschland, d. h. zumindest in den Ländern Sachsen und Thüringen, Anlass zu gewissem Optimismus gibt. Es existiert ein innovativer und überwiegend auch expandierender Bestand an zur New Economy zählenden Unternehmen, dem man das Prädikat „klein, aber fein“ erteilen könnte. Dieser ist im Vergleich zu westdeutschen NE-Standorten offenbar eher in der Lage, mit Hilfe von regionalem Personal zu expandieren. Dabei dürften zwei Ursachen eine Rolle spielen: Zum einen bedeutet der bisher geringe Bestand an NE-Unternehmen in den neuen Ländern<sup>25</sup> eine geringere Anspannung der örtli-

chen Fachkräftemärkte als an manchem westdeutschen Standort; zum anderen ist auch das Angebot an solchen Fachkräften relativ groß, angesichts der – wie eingangs angemerkt – guten Ausstattung der neuen Länder mit NE-relevanter Ausbildungs- bzw. Forschungsinfrastruktur.

Es gibt somit angebots- wie nachfrageseitig einen geringeren Druck für den NE-Fachkräftemarkt. Hieraus könnte sich auch das bisher geringe Interesse der neuen Bundesländer an der Green Card miterklären. Dieses ist offenbar weniger mit einem, dem Unternehmenserfolg vermutlich nicht immer dienenden Lokalpatriotismus begründbar. Auch das Argument einer ungünstigen wirtschaftlichen Situation, die einer Finanzierung von Green Card-Fachkräften im Weg stünde, vermag offenbar nur bedingt die geringe Partizipation Ostdeutschlands an der Green Card zu erklären. Vielmehr sind Unternehmen hier momentan *noch* eher als solche in München oder Baden-Württemberg in der Lage, mit regionalem Personal Innovationen durchzuführen, internationale Märkte zu erreichen und so weiter zu wachsen.

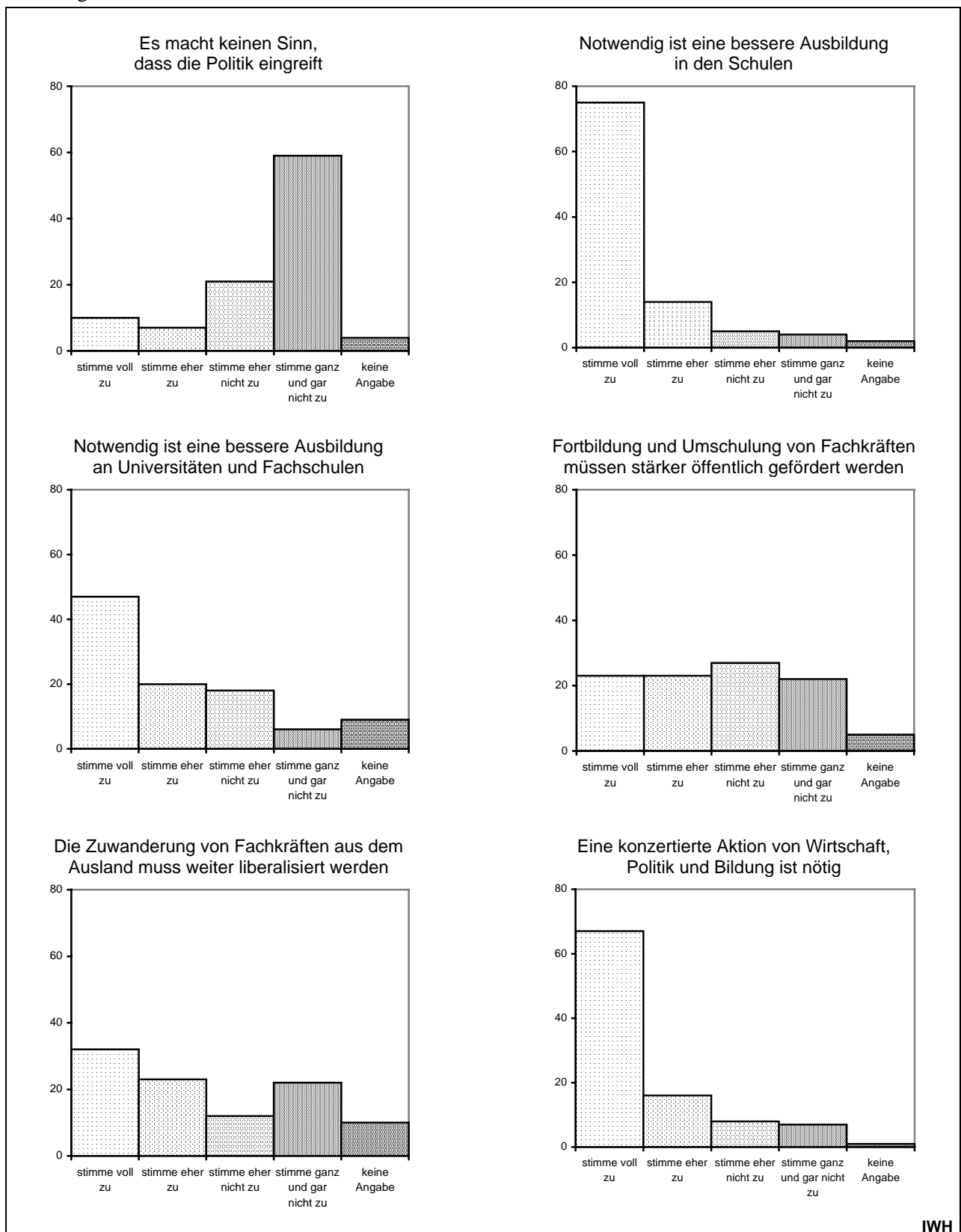
Trotzdem bleibt die Fachkräfteanwerbung auch in Ostdeutschland ein Problem, wie die Befragung an mehreren Stellen zeigt. Es stellt sich daher die Frage, ob und welche Maßnahmen staatlicherseits zu unternehmen sind. Die Übersicht vermittelt hierzu einen Überblick zu den Einschätzungen der Unternehmen selbst. Offensichtlich findet die grundsätzliche Notwendigkeit staatlichen Handelns breite Zustimmung. Nur knapp jedes fünfte Unternehmen sieht staatliche Interventionen als eher sinnlos an. Für die in der Befragung genannten Aktionsbereiche findet sich die höchste Zustimmung für eine Verbesserung der Ausbildung an den Schulen. Noch hoch, aber deutlich geringer sind Forderungen nach einer verbesserten Ausbildung an Hoch- und Fachhochschulen sowie einer weiteren Liberalisierung der Zuwanderung. Relativ gering ist die Zustimmung für eine verstärkte öffentliche Förderung von Umschulung und Fortbildung. Dass im Übrigen der Staat nicht im Alleingang die notwendigen Reformen umsetzen sollte, zeigt die sehr hohe Zustimmung zu einer konzertierten Aktion von Wirtschaft, Politik und Bildungssektor.

Dies sind wohlgedacht nur die Einschätzungen der befragten Unternehmen. Diese können sehr in

<sup>25</sup> Für einen Vergleich mit Westdeutschland vgl. GERSTENBERGER, W.: Wie stark ist die „New Economy“ in Ostdeutschland?, in: ifo Dresden berichtet, 1/2001, S. 26-37.

## Übersicht:

Einflussmöglichkeiten auf die Fachkräftesituation auf gesellschaftlicher Ebene: Wo sehen die Unternehmen Handlungsbedarf



Quelle: New Economy-Befragung des IWH.

dividuellen Eigeninteressen (oder Fehleinschätzungen) der Unternehmen entspringen. Allerdings deuten die erzielten Ergebnisse auf ein realistisches Bild der Problemeinschätzung bzw. der hierzu sinnvollen Maßnahmen hin. So harmonisiert die geringe Zustimmung zu öffentlicher Förderung für Umschulung und Weiterbildung mit Evaluationsstudien, die solchen Maßnahmen einen überwiegend geringen Erfolg bescheinigen.<sup>26</sup> Auch stellt die technologischen Neuerungen stärker an Schulen hinterherhinkende Ausbildung vermutlich

ein größeres Problem dar als etwa Ausbildungsmängel im Hoch- und Fachhochschulbereich. Die moderate Zustimmung zur weiteren Liberalisierung von Zuwanderung könnte dagegen ein stark ostdeutschlandspezifisches Ergebnis widerspiegeln, angesichts der hier vergleichsweise geringen Angebotsengpässe für Fachkräfte.

Cornelia Lang (cln@iwh-halle.de)

Ralf Müller (Ralf.Mueller@kfw.de)

## Gemeinnütziges Engagement der Sparkassen: Umfang und regionale Wirkungen

*Die Sparkassengruppe kommt ihrem im Rahmen des öffentlichen Auftrags geforderten gemeinnützigen Engagement mit erheblichem Mitteleinsatz nach. Im Jahr 2000 wurden insgesamt 542 Mio. DM für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Höhe der Förderung und die Art der Mittelverwendung erfolgen dabei sowohl auf Verbands- als auch auf Sparkassenebene regional differenziert. Dies legt die Vermutung nahe, dass die Mittel problemorientiert eingesetzt werden und somit einen Abbau vorhandener sozialer Disparitäten unterstützen.*

*Im Vergleich mit den anderen Regionalverbänden belegen die Sparkassen des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes (OSGV) bei der Höhe des sozialen Engagements einen Platz im oberen Mittelfeld. Unter den neuen Bundesländern nehmen die Sparkassen Sachsens und Sachsen-Anhalts eine führende Position ein.*

Im Zuge der europäischen Integration steht die kommunale Wirtschaftstätigkeit in Deutschland unter großem Anpassungszwang. Es stellt sich die Frage, welche Leistungen im Rahmen der traditionellen Daseinsvorsorge und welche nach den Prinzipien des Wettbewerbs angeboten werden sollen. Eine

Entscheidung für die staatliche Wirtschaftstätigkeit bedarf zwingend der ökonomischen Legitimation. In besonderem Maße ist in jüngster Zeit über die Geschäftstätigkeit der kommunalen Sparkassen diskutiert worden. Ein Aspekt, der dabei noch wenig thematisiert wurde, ist das gemeinnützige Engagement der Sparkassen. Der vorliegende Beitrag stellt den Umfang dieses gemeinnützigen Engagements dar und diskutiert seine regionalen Wirkungen.

Gemeinnütziges Engagement ist ein vielschichtiger Begriff, der eine Reihe von Fördermaßnahmen umfasst. Im vorliegenden Artikel wird darunter die Spenden-, Stiftungs- und Sponsoringtätigkeit subsumiert. Die Begriffe gemeinnütziges, soziales und gesellschaftliches Engagement, Fördertätigkeit bzw. Förderung werden synonym verwendet.

### *Allgemeine Wirkungen ...*

Das primäre Ziel der Fördertätigkeit von Unternehmen ist die Unterstützung von gemeinnützigen Projekten, Vereinen und Organisationen. Sie sind die beabsichtigten Nutznießer der Maßnahmen. Durch eine gezielte Mittelvergabe entstehen zudem positive externe Effekte.<sup>27</sup> So kann die Förderung geeigneter Projekte eine Verbesserung der weichen

<sup>26</sup> Vgl. näher SCHNEIDER, H.; BERGEMANN, A.; FUCHS, O.; KEMPE, W.; KOLB, J. u. a.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. IWH-Sonderheft 3/2000.

<sup>27</sup> Inwiefern sie tatsächlich von den Fördermitteln profitieren, müsste im Einzelfall im Rahmen einer Inzidenzanalyse untersucht werden. Durch verschiedene Überwälzungsmechanismen können beispielsweise vor- oder nachgelagerte Institutionen Nutznießer sein.

Standortfaktoren in einer Region nach sich ziehen. Dies kann sich je nach Art der Mittelverwendung in einer Verbesserung des kulturellen Umfeldes, der sozialen Einrichtungen oder des Images einer Region niederschlagen. Durch die Unterstützung von Qualifikations- und Weiterbildungsprojekten kann auch der regionale Humankapitalstock erhöht werden. All diese Effekte lassen sich allerdings nur schwer quantifizieren.

Auch die geldgebenden Institutionen profitieren von den Fördermaßnahmen, da bei entsprechender Honorierung durch die Bevölkerung ein Werbeeffekt auftritt. Eine strategisch ausgerichtete Förderung dient also gleichzeitig sozialen Zielen und der Unternehmenskommunikation.

### ***... und regionale Aspekte des gesellschaftlichen Engagements***

Ob das soziale Engagement wohlfahrtserhöhend für eine spezifische Region wirkt, hängt von der Herkunft der finanziellen Mittel ab. Fließen die Mittel der Region von außen zu, erhöht sich das regionale Einkommen und damit die Wohlfahrt. Wurden die Fördergelder in der Region erwirtschaftet, findet lediglich eine intraregionale Umverteilung der Gelder statt. Allerdings wird dadurch ein möglicher Mittelabfluss zugunsten anderer Regionen verhindert. Für die Sparkassen als regional gebundene Kreditinstitute trifft der zweite Fall zu. Das soziale Engagement wird aus Gewinnen finanziert, die in der Gebietskörperschaft erwirtschaftet wurden, die Sitz und Geschäftsgebiet der Sparkasse ist.

Wird im Rahmen der regionalen Entwicklung eine Politik des Ausgleichs angestrebt, ist eine bundesweit flächendeckende Mittelverteilung, wie die der Sparkassengruppe, durchaus zweckmäßig. Sollen allerdings spezifische Wachstumszentren oder -pole gefördert werden, müssten die Mittel (überregional) konzentriert eingesetzt werden. Da die Mittelverwendung beim gemeinnützigen Engagement primär an sozialen Zielen ausgerichtet ist und sich Wachstumswirkungen erst sekundär ergeben, sollte im Bereich des gemeinnützigen Engagements das Ausgleichsziel über dem des Wachstums stehen. Soll eine Ungleichverteilung der sozialen Förderung vermieden werden, ist damit eine Mittelkonzentration zugunsten der Zentren abzulehnen.

Auch bei einer dezentralen ausgeglichenen Mittelverteilung kann das gesellschaftliche Engagement regionale Auswirkungen haben. Eine allgemeine Voraussetzung für das Entstehen von regionalen Effekten sind räumlich differierende Standortfaktoren.<sup>28</sup> Gelingt es den Sponsoren, durch spezifische Förderaktivitäten in den Regionen individuelle Profile des sozialen Umfelds und der weichen Standortfaktoren zu erzeugen, kann dies zu regionalen Effekten im Sinne einer positiven Entwicklung der Standorte führen.

### ***Sparkassen unterstützen vielfältige Projekte***

Aufgrund ihrer besonderen institutionellen Ausgestaltung unterscheidet sich die gemeinnützige Förderung der Sparkassen quantitativ und qualitativ von der anderer Unternehmen.

Mit einem Volumen von 542 Mio. DM im Jahr 2000 hat sich die Sparkassenfinanzgruppe als einer der bedeutendsten Förderer gemeinnütziger Projekte innerhalb der deutschen Wirtschaft etabliert.<sup>29</sup> Die besondere Höhe dieses Engagements ist letztlich Ausdruck der Gemeinnützigkeit der Sparkassen,<sup>30</sup> bzw. resultiert aus der Erfüllung des gesetzlichen öffentlichen Auftrags, zu dem unter anderem die Förderung des Sozial-, Vereins- und Kulturlebens im Gewährträgergebiet gehört.<sup>31</sup>

Unterschiede bestehen weiterhin in der Art und Größe der einzelnen Förderprojekte. Während der Großteil der bedeutenden deutschen Unternehmen sich auf ein oder wenige werbewirksame(s) Großprojekt(e) konzentriert – als Beispiele seien das Formel 1-Sponsoring, die Beteiligung an der Res-

<sup>28</sup> Vgl. MAIER, G.; TÖDTLING, F.: Regional- und Stadtökonomik: Standorttheorie und Raumstruktur. 2. verb. Aufl. Wien 1995, S. 21 f.

<sup>29</sup> Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmarketing (BSM), <http://www.sozialmarketing.de/zahlen.htm> am 19.06.2001. – DSGVO-Büro „Standort: hier“. Beiträge für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen in der Region im Jahr 2000. – Süddeutsche Zeitung, 11.01.2001: „Reemtsma hat ein trainiertes Herz für Sportler“.

<sup>30</sup> Vgl. GRILL, W.; GRAMLICH, L.; ELLER, R. (Hrsg.): Gabler Bank Lexikon; 11. Aufl. Wiesbaden 1995, S. 1422 f. – SCHRUMPF, H.; MÜLLER, B.: Sparkassen und Regionalentwicklung. Stuttgart 2001, S. 94.

<sup>31</sup> Vgl. zum öffentlichen Auftrag und zum Verbundprinzip KÖHLER, H.: Sparkassenorganisation: Struktur, Ziele, Leistungen, in: Knapps Enzyklopädisches Lexikon des Geld-, Bank- und Börsenwesens; Sonderdruck. Frankfurt 1999, S. 5-7.

tauration der Dresdner Frauenkirche oder das Berliner Guggenheim-Museum genannt –, unterstützt die S-Finanzgruppe sowohl imagefördernde Großprojekte (z. B. durch Stiftungen der Sparkassenverbände und Großsparkassen) als auch viele kleine und mittlere Projekte aus den verschiedensten Bereichen. Verantwortlich ist dafür das Verbundprinzip, das die Eigenschaften einer dezentralen Organisationsstruktur mit denen eines hierarchischen Konzerns kombiniert. Das Förderspektrum ist also aufgrund der Vielzahl an Sparkassen, Sparkassenstiftungen und der Verbundpartner erheblich größer als bei den meisten deutschen Unternehmen.

Bedeutende Förderprojekte der Sparkassen in den letzten Jahren waren z. B. die Bundesgartenschauen in Magdeburg und Potsdam oder die Expo 2000. Die Palette an klein- und mittelvolumigen Engagements ist groß, sodass auch hier nur einige Beispiele genannt werden können. Zum Bereich Soziales gehören z. B. Sachinvestitionen für Senioren-, Kinder- oder Behindertenheime wie Krankenfahrzeuge, Behindertenlifte oder auch Spielzeug. Außerdem finanzieren die Sparkassen das bekannte Börsenplanspiel für Schüler, unterhalten Stiftungslehrstühle, bieten EDV-Kurse für Senioren an, unterstützen Kulturevents, stellen Ausstellungsräume für Künstler zur Verfügung und engagieren sich in der Jugendförderung und bei Sportvereinen.

### ***Fördergelder werden räumlich breit gestreut***

Durch die rechtliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit sowie wegen der kommunalen Bindung der einzelnen Sparkassen werden die Fördermittel nicht zentral verausgabt, sondern im jeweiligen Gewährträgergebiet eingesetzt.<sup>32</sup> Aufgrund der flächendeckenden Sparkassenpräsenz – Ende 2000 bestanden bundesweit 562 Sparkassen – ist eine räumlich relativ ausgeglichene Mittelverteilung zu erwarten. Dies bedeutet nicht, dass die Höhe der Förderleistung sämtlicher Sparkassen oder Sparkassenverbände identisch wäre, sondern dass sich jede Sparkasse in ihrem Gewährträgergebiet sozial

engagiert. Die tatsächliche Höhe des gesellschaftlichen Engagements ist u. a. vom Gewinn abhängig und letztlich eine Entscheidung des Sparkassenvorstands.

### ***Alternative Verwendungsmöglichkeiten der Fördergelder***

Da es sich bei den Sparkassen um öffentliche Unternehmen handelt, stellt sich die Frage, ob das gemeinnützige Engagement eine effiziente Mittelverwendung darstellt und welche alternativen Gewinnverwendungsmöglichkeiten bestehen. So können die Sparkassen Teile ihrer Gewinne unter bestimmten Bedingungen an den Gewährträger abführen.<sup>33</sup> In diesem Fall ist die Kommune allerdings ebenfalls zur gemeinnützigen Gewinnverwendung verpflichtet.<sup>34</sup> Aufgrund des Non-Affektations-Prinzips<sup>35</sup> könnten jedoch kommunale Haushaltsmittel, die ursprünglich für soziale Zwecke vorgesehen waren, anderweitiger Verwendung zugeführt werden. Die Wirkungsunterschiede im Vergleich zum gemeinnützigen Engagement der Sparkassen wären allerdings nicht groß, da es keinen prinzipiellen Unterschied macht, ob ein Projekt von Seiten der Sparkassen oder der Kommunen gefördert wird. In beiden Fällen könnten die kommunalen Mittel anderen Verwendungszwecken zugeführt werden.

Vorstellbar wäre ebenfalls, dass die Sparkassen anstelle ihrer gemeinnützigen Förderung die Mittel zur Senkung der Kreditzinsen für Unternehmen

<sup>32</sup> Das sogenannte Regionalprinzip, das in den Ländersparkassengesetzen verankert ist (z. B. SpkG-LSA §5), beschränkt die Sparkassen in ihrer Geschäftstätigkeit im Wesentlichen auf das Gewährträgergebiet.

<sup>33</sup> Diese Bedingungen beziehen sich auf die Eigenkapitalbildung bzw. die Risikovorsorge. In Sachsen-Anhalt sind z. B. Ausschüttungen erst möglich, wenn die Sicherheitsrücklagen mindestens 5% der Bilanzsumme betragen. Dann kann ein Zehntel des Bilanzgewinns an den Gewährträger abgeführt werden, vgl. SpkG-LSA §27 Abs.3, Satz 1. In den Sparkassengesetzen der anderen Bundesländer existieren vergleichbare Bestimmungen.

<sup>34</sup> Vgl. z. B. SpkG-LSA §27 Abs.5. Es ist anzumerken, dass über die Mittelverwendung in diesem Fall ein demokratisch legitimates Gremium entscheidet. Kommen die Mittel nicht zur Ausschüttung, beschließt der Sparkassenvorstand über die Art und Höhe des sozialen Engagements. Der Verwaltungsrat kann lediglich Förderprojekte vorschlagen. Aufgrund der Principal-Agent-Problematik sind Interessenskonflikte und die Wahrnehmung von Eigeninteresse durch die Sparkassenakteure nicht auszuschließen.

<sup>35</sup> D. h. staatliche Einnahmen unterliegen in der Regel keiner Zweckbindung.



nutzen, um so die Investitionsneigung zu erhöhen.<sup>36</sup> Die zu erwartenden Effekte wären jedoch relativ gering, da das Volumen der Fördergelder nur etwa ein Prozent der Zinsmarge aus dem Kreditgeschäft beträgt.

### ***Empirische Befunde zu Ostdeutschland***

Um die regionalen Aspekte der Förderung zu beleuchten, wird im folgenden empirischen Teil das gemeinnützige Engagement auf Ebene der Sparkassenverbände untersucht. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht dabei der OSGV.<sup>37</sup> Eine Aggregationsebene niedriger wird anschließend die Fördertätigkeit der sachsen-anhaltinischen Sparkassen dargestellt und mit der anderer ostdeutscher Flächenländer verglichen.

Dass die absolute Höhe des Förderengagements und der Stiftungstätigkeit zwischen den einzelnen Sparkassenverbänden variiert, ist nicht weiter verwunderlich, weisen doch die einzelnen Verbände enorme strukturelle Unterschiede auf. Zur Normierung werden deshalb im Folgenden die Zahl der Einwohner und die kumulierte Bilanzsumme der Sparkassen im Verbandsgebiet herangezogen. Der kleinste Regionalverband ist der Sparkassen- und Giroverband Saar (1,1 Mio. EW und 25,8 Mrd. DM), der größte der Sparkassenverband Bayern (12,2 Mio. EW und 292,8 Mrd. DM). Der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband liegt – bezogen auf seine Einwohnerzahl – auf Platz zwei und – bezogen auf die kumulierte Bilanzsumme – auf Platz sechs.

In Relation zur Einwohnerzahl ist der Rheinische SGV mit 9,34 DM/EW Förderung (Spenden, Sponsoring, PS-Sparen) der aktivste, gefolgt von seinem Nachbarverband Westfalen-Lippe mit 8,40 DM/EW. Das Schlusslicht der Förderung bildet Baden-Württemberg mit 3,01 DM/EW. Der OSGV belegt mit 5,23 DM/EW Rang fünf und erreicht somit einen Platz im Mittelfeld (vgl. Tabelle 1).

Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass sich die ostdeutschen Sparkassen erst in den letzten elf Jahren zu Kreditinstituten westdeutscher Prägung und Größenordnung entwickelt haben. In Anbetracht der angespannten wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern erstaunen die moderaten Förderunterschiede zu Westdeutschland, da die Mittel, die die Sparkassen für das gemeinnützige Engagement zur Verfügung stellen können, stark von der Größe und Gewinnsituation der Institute abhängig sind.<sup>38</sup> Die ostdeutschen Sparkassen nutzen also das Instrument von Spenden und Sponsoring, um im sozialen Umfeld der Kommunen zu einer Angleichung an westdeutsche Verhältnisse zu gelangen.

### ***Sachsen-Anhalt: Durchschnittliches Pro-Kopf-Engagement innerhalb der Sparkassengruppe***

Unter den ostdeutschen Flächenländern belegt Sachsen-Anhalt mit 5,56 DM/EW Rang zwei hinter Sachsen. Den letzten Platz belegen die thüringischen Sparkassen. Hier ist die Förderleistung pro Einwohner nur etwa halb so hoch wie in Sachsen.

Bei der Stiftungstätigkeit stellt sich die Situation für die ostdeutschen Bundesländer schlechter dar. Beim Stiftungskapital und den Ausschüttungen pro Einwohner liegt der OSGV nur auf Rang zehn bzw. neun der Sparkassenverbände. Bei den ostdeutschen Sparkassenstiftungen handelt es sich jedoch durchwegs um junge Stiftungen, die noch im Aufbau begriffen sind. Die meisten wurden erst nach 1995/96 gegründet.<sup>39</sup> So verwundert es nicht, dass das Stiftungskapital noch relativ gering ist. Natürlich bedingt die Kapitalhöhe auch die maximale Höhe der Ausschüttungen.

Beim Stiftungskapital erreicht Sachsen-Anhalt mit 8,51 DM/EW den ersten Platz unter den ostdeutschen Bundesländern. Die Ausschüttungen sind jedoch verhältnismäßig gering – hier rangiert Sachsen-Anhalt nur auf Platz vier.

---

<sup>36</sup> An dieser Stelle wird von der institutionellen Festlegung abstrahiert, dass sich die Sparkassen – aufgrund des öffentlichen Auftrags – in angemessener Weise um die sozialen Belangen in ihrer Kommune kümmern sollen.

<sup>37</sup> Zum Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband gehören die Sparkassen der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Sparkassen Thüringens sind dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen zugehörig.

---

<sup>38</sup> Für Sachsen-Anhalt korreliert im Zeitraum von 1996-2000 das durchschnittliche Geschäftsergebnis mit der durchschnittlichen Gesamtförderung inklusive Stiftungsdotation mit  $r = .84$  ( $p < .01$ ).

<sup>39</sup> Vgl. DSGV (Hrsg.): Sparkassen und Stiftungen; Ein Nachschlagewerk. Stuttgart, S. 215-240.

Tabelle 1:

Stiftungstätigkeit und gemeinnütziges Engagement der deutschen Sparkassen und Sparkassenverbände<sup>a</sup> nach Verbandsgebieten 2000

	Stiftungen			direkte Förder- leistungen <sup>b</sup>	Stiftungen			direkte Förder- leistungen <sup>b</sup>	Stiftungen			direkte Förder- leistungen <sup>b</sup>
	Anzahl	Ausschüt- tungen	Stiftungs- Kapital		Anzahl pro 1 Mio. EW	Ausschüt- tungen	Stiftungs- Kapital		Anzahl pro 1 Mrd. DM BS	Ausschüt- tungen	Stiftungs- Kapital	
Rheinischer SGV	79	18 794	359 737	88 927	8,29	1,97	37,77	9,34	0,30	71	1 360	336
Westfälisch-Lippischer SGV	75	7 852	155 671	71 186	8,85	0,93	18,38	8,40	0,38	40	796	364
SGV Rheinland-Pfalz <sup>c</sup>	36	3 673	57 134	31 693	8,94	0,91	14,18	7,87	0,39	40	625	347
SV Bayern	59	8 669	173 224	76 824	4,84	0,71	14,22	6,31	0,20	30	592	262
Niedersächsischer SGV	56	23 010	192 287	33 969	7,08	2,91	24,30	4,29	0,32	131	1 095	193
SGV für Schleswig-Holstein	38	4 820	71 280	9 847	13,66	1,73	25,63	3,54	0,53	67	996	138
SGV Saar	1	50	1 005	3 667	0,94	0,05	0,94	3,43	0,04	2	39	142
Hanseatischer SGV	4	553	24 926	8 040	1,69	0,23	10,53	3,39	0,05	6	292	94
SV Baden-Württemberg	68	4 279	88 066	31 563	6,48	0,41	8,39	3,01	0,24	15	317	114
SGV Hessen-Thüringen	41	8 588	160 375	42 455	4,82	1,01	18,87	5,00	0,21	43	805	213
Hessen <sup>d</sup>	33	6 079	102 823	34 844	5,45	1,00	16,98	5,75	0,20	37	632	214
Thüringen <sup>d</sup>	7	397	11 756	7 611	2,87	0,16	4,82	3,12	0,19	11	322	208
Ostdeutscher SGV	44	2 994	95 142	59 918	3,84	0,26	8,30	5,23	0,24	16	512	322
Brandenburg <sup>d</sup>	8	248	13 251	11 821	3,08	0,10	5,09	4,55	0,22	7	357	318
Mecklenburg-Vorpommern <sup>d</sup>	6	1 005	11 449	5 809	3,36	0,56	6,42	3,26	0,24	40	450	228
Sachsen <sup>d</sup>	18	786	33 791	27 632	4,05	0,18	7,60	6,22	0,21	9	403	329
Sachsen-Anhalt <sup>d</sup>	11	336	22 420	14 659	4,18	0,13	8,51	5,56	0,28	8	566	370
Deutscher SGV <sup>a</sup>	501	83 282	1 378 847	458 089	6,36	1,06	17,50	5,81	0,27	45	739	246

<sup>a</sup> Ohne Eberle-Butschkau-Stiftung, Stiftung für Internationale Kooperation, Berliner Sparkassenstiftung Medizin und Sparkassenverband Berlin. – <sup>b</sup> Spenden, Zweckerträge aus PS-Sparen und Sponsoring, ohne Stiftungsausschüttungen. – <sup>c</sup> Ohne Filialen der Nassauischen Sparkasse Wiesbaden. Direkte Förderleistungen ohne Nachtragskorrekturen. – <sup>d</sup> Ohne Stiftung des Verbands.

Quellen: DSGV; OSGV; Berechnungen des IWH.

### ***OSGV: Hohes gemeinnütziges Engagement bezogen auf die Sparkassengröße***

Das absolute Volumen der sozialen Förderung ist von der Größe der Verbände bzw. ihrer Sparkassen abhängig. Um diesen Größeneffekt zu bereinigen, bietet sich eine Normierung an der Bilanzsumme an. Die so gewonnenen Kennzahlen geben – bezogen auf die relative Größe der Sparkassen – Auskunft über das gemeinnützige Engagement. Sie messen also, welche Bedeutung das gesellschaftliche Engagement innerhalb der Geschäftstätigkeit hat.

Bei der Höhe der direkten Förderleistungen belegt der Westfälisch-Lippische SGV den ersten Platz, gefolgt vom SGV Rheinland-Pfalz. Der OSGV rückt im Vergleich zum Fördervolumen pro Einwohner vom fünften auf den vierten Platz vor. Schlusslicht ist im Rahmen seiner größtenbedingten Möglichkeiten nun der Hanseatische SGV.

### ***Sachsen-Anhalt: Überdurchschnittliches Engagement bezogen auf die Sparkassengröße***

Verschiebungen gibt es bei dieser Betrachtung auch unter den ostdeutschen Flächenländern. Sachsen-Anhalt belegt mit 370 DM pro 1 Mio. DM Bilanzsumme den ersten Platz. Auch bundesweit liegt Sachsen-Anhalt damit auf Platz eins. Innerhalb der neuen Länder nimmt Sachsen vor Brandenburg den zweiten Rang ein, letzter ist erneut Thüringen (vgl. Tabelle 1). Auch bei der Höhe des Stiftungskapitals belegt Sachsen-Anhalt den ersten Rang unter den ostdeutschen Ländern. Schwächen zeigen sich für Sachsen-Anhalt wieder bei der Höhe der Ausschüttungen. Hier ist Mecklenburg-Vorpommern mit 40 DM pro 1 Mio. DM Bilanzsumme der größte Stifter.

Aus den erläuterten Daten lässt sich ableiten, dass die Sparkassen des OSGV, allen voran die sachsen-anhaltinischen, der Unterstützung von sozialen Projekten in ihrem Gewährträgergebiet eine relativ hohe Bedeutung beizumessen scheinen. Im Vergleich mit den westdeutschen Verbänden belegen sie Plätze im oberen Drittel. In dieser Hinsicht haben also die Sparkassen des OSGV zu den westdeutschen Instituten aufgeschlossen. Dies kann als Indiz gewertet werden, dass die ostdeutschen Sparkassen versuchen, bestehende Unterschiede in der Finanzausstattung des sozialen Umfelds zu verringern oder zumindest nicht größer werden zu lassen.

### ***Verwendungszwecke des sozialen Engagements variieren je nach Region***

Regionale Unterschiede des sozialen Engagements können sich nicht nur in der Höhe der Fördergelder, sondern auch in der Art der Mittelverwendung zeigen. Eine differierende Schwerpunktsetzung kann dabei als Ergebnis der regional unterschiedlichen Nachfragestruktur interpretiert werden.<sup>40</sup>

Die sachliche Aufteilung der Fördermittel unterscheidet sich ganz erheblich zwischen den verschiedenen Regionen. Sowohl zwischen OSGV und DSGV als auch innerhalb des OSGV sind deutliche Unterschiede in der Mittelverwendung zu erkennen (vgl. Tabelle 2). Beim Vergleich von OSGV und DSGV ergeben sich die größten Unterschiede in den Förderfeldern Soziales, Kunst und Kultur sowie Sonstiges einerseits und der Sportförderung andererseits. In den drei erstgenannten Förderbereichen dominiert der DSGV mit sechs bzw. acht Prozentpunkten Abstand, wogegen der OSGV der Sportförderung eine um 19 Prozentpunkte höhere Bedeutung beimisst. Dieses starke Engagement könnte unter anderem auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass der Breiten- und Spitzensport in der DDR eine immens hohe Bedeutung besaß und in den neuen Bundesländern auch heute noch besitzt. Interessant erscheint auch, dass der Bereich Forschung, Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung im OSGV bei der Aufteilung der Fördergelder eine um zwei Prozentpunkte höhere Berücksichtigung findet.

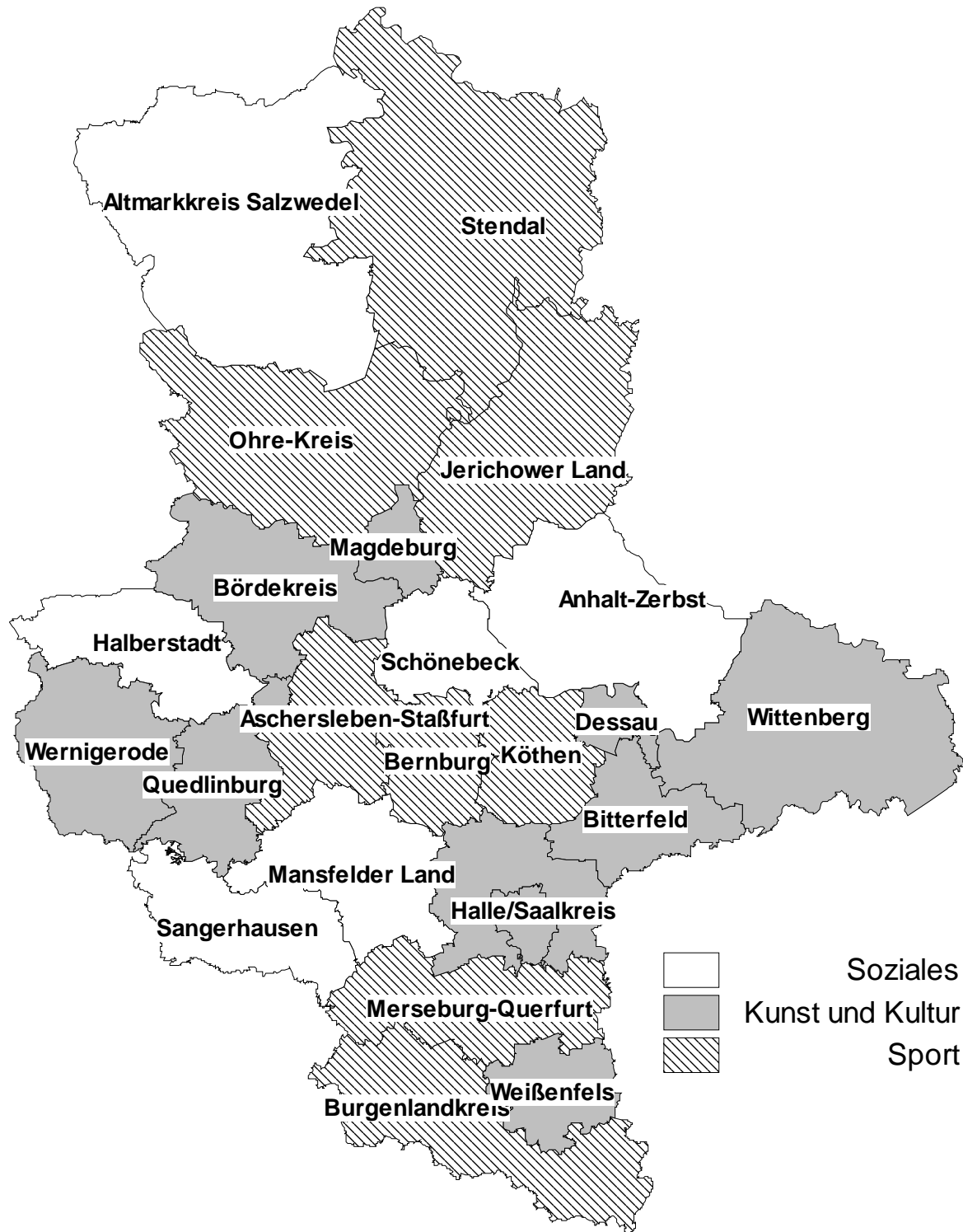
Innerhalb des OSGV sind ebenfalls Unterschiede in der Verwendungsstruktur zu erkennen. Im Bereich Soziales verwendet Brandenburg mit 33% relativ die meisten Mittel, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 23%. Sachsen und Sachsen-Anhalt verwenden hier nur 15% bzw. 13% ihres Etats. Im Bereich der Kulturförderung dominieren Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit 44% und 41%, Brandenburg und Sachsen setzen hierfür jeweils nur 27% bzw. 25% ihres Etats ein. Auch in der Sportförderung zeigen sich

---

<sup>40</sup> Natürlich können auch die Präferenzen der Sparkassen, repräsentiert durch den Vorstand, einen Einfluss auf die Art der Mittelverwendung haben. Die Verteilung der Fördergelder ist institutionell aber eher nachfrageseitig ausgestaltet, d. h. gemeinnützige Vereine und Organisationen „bewerben“ sich um die Fördermittel.

Abbildung:

Hauptverwendungszwecke des gemeinnützigen Engagements der Sparkassen und Zuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte zu den Clustern, 1999/2000



Quelle: Berechnung und Darstellung des IWH.

Tabelle 2:

Direkte Förderleistungen und Stiftungsausschüttungen der deutschen Sparkassen und Sparkassenverbände nach Verwendungszweck 2000

- in 1 000 DM -

	Soziales	Kunst und Kultur	Umwelt	Sport	Forschung, Wirtschaft Wissenschaft	Sonstiges	Insgesamt
DSGV <sup>a</sup>	122 057	182 600	9 554	63 239	19 425	82 490	479 365
in %	25	38	2	13	4	17	100
OSGV <sup>b</sup>	11 958	19 854	1 236	20 108	3 456	5 680	62 291
in %	19	32	2	32	6	9	100
Brandenburg	4 007	3 260	436	2 746	350	1 267	12 067
in %	33	27	4	23	3	11	100
Mecklenburg-Vorpommern	1 594	2 787	184	1 643	133	471	6 812
in %	23	41	3	24	2	7	100
Sachsen	4 348	7 147	426	11 643	2 189	2 666	28 418
in %	15	25	2	41	8	9	100
Sachsen-Anhalt	2 009	6 660	190	4 076	784	1 275	14 993
in %	13	44	1	27	5	9	100

<sup>a</sup> Förderleistungen der Sparkassen und Verbände insgesamt, ohne OSGV. – <sup>b</sup> Ohne OSGV-Stiftung.

Quellen: DSGV; OSGV; Berechnungen des IWH.

deutliche Unterschiede in der Verwendungsstruktur. Die Sparkassen in Sachsen wendeten hierfür 41% ihrer Fördermittel auf, die drei anderen Bundesländer jeweils nur 23%, 24% und 27% ihrer Gelder.

### ***Sparkassen in den Städten fördern schwerpunktmäßig Kultur, in ländlichen Regionen eher Sport***

Ein detaillierteres Bild der regionalen Mittelverwendung ergibt sich bei der Betrachtung der einzelnen Sparkassen in Sachsen-Anhalt.

Mittels einer Clusterzentrenanalyse wurden für Sachsen-Anhalt drei charakteristische Cluster identifiziert und die Landkreise entsprechend zugeordnet (vgl. Abbildung). Strukturunterschiede in der Verwendung sind vor allem in den Bereichen Kunst und Kultur, Sport und Soziales zu erkennen. Die Stadtregionen Magdeburg, Halle und Dessau sowie einige ihrer Umlandkreise verwenden den größten Teil der Fördermittel für Kunst und Kultur. Auch Sparkassen in Kreisen, die eine Vielzahl an Kulturschätzen besitzen, wie Quedlinburg und Wernigerode, engagieren sich bevorzugt in diesem

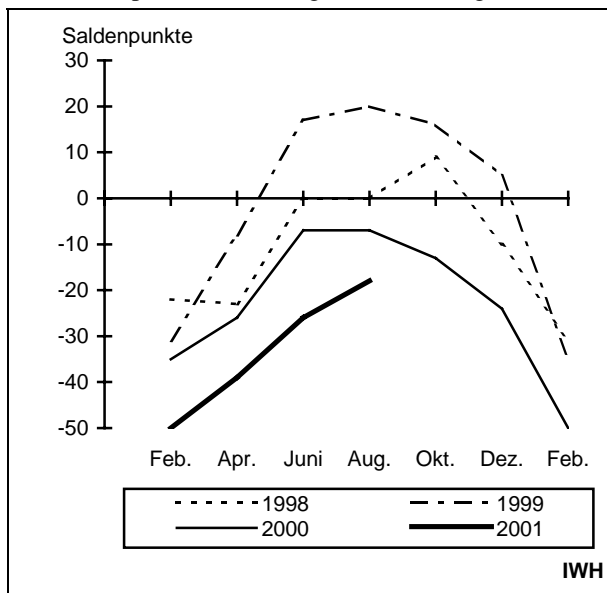
Bereich. In ländlich-peripheren Kreisen mit einer geringen Bevölkerungsdichte, wie z. B. Stendal oder Jerichower Land, besitzt dagegen die Sportförderung die größte Bedeutung. Ein drittes Cluster bilden die Kreise, in denen die Sparkassen ihre Mittel in besonderem Ausmaß für Soziales einsetzen. Zu dieser Gruppe gehören beispielsweise die Landkreise Sangerhausen und Mansfelder Land, die durch eine besonders hohe Unterbeschäftigungsquote gekennzeichnet sind. Die Sparkassen scheinen also ihr gemeinnütziges Engagement an die vorhandenen regionalen Möglichkeiten und Bedürfnisse anzupassen. Dieses Ergebnis lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf die Fördertätigkeit der Sparkassen anderer Regionalverbände übertragen, da sich die institutionellen Förder- und Entscheidungsmechanismen nicht wesentlich unterscheiden.

Martin O. Wengler  
(mwr@iwh-halle.de)

## Ostdeutsches Baugewerbe im August 2001: Pause im Abschwung

Laut IWH-Umfrage unter 300 ostdeutschen Bauunternehmen hat sich im August 2001 die Stimmung leicht verbessert. Die Aufwärtsbewegung macht sich sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau bemerkbar. Das signalisieren auch die Auftragseingänge gemäß amtlicher Statistik. Im Hochbau haben im zweiten Quartal dieses Jahres zusätzliche Aufträge der öffentlichen Hände sowie von Bahn und Post die Situation geringfügig entspannt. Zudem haben sich im Wohnungsbau die Rückgänge

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



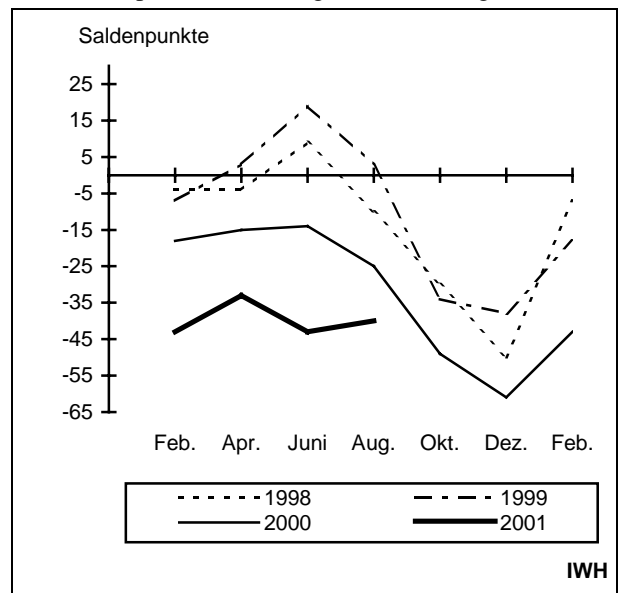
Quelle: IWH-Bauumfragen.

etwas abgeschwächt. Unter Ausschluss der Saisoninflüsse legte der öffentliche Hochbau im zweiten Quartal um 8% zu, die Nachfrage im Wohnungsbau verringerte sich in diesem Zeitraum um „nur“ 9% nach 21% im ersten Quartal. Außerdem resultiert die Beruhigung aus einem Auftragsschub im gewerblichen Tiefbau sowie im Straßenbau. Einem zweistelligen Einbruch im ersten Quartal dieses Jahres folgte hier in saisonbereinigter Betrachtung eine Zunahme in gleichem bzw. sogar größerem Maße.

Extrem schwach zeigte sich allerdings der gewerbliche Hochbau mit einem saisonbereinigten Auftragsrückgang von 22% im zweiten Quartal

nach nur 1% im Quartal zuvor. Obwohl die Genehmigungen im Bereich der Industriebauten eine allmähliche Stabilisierung der Nachfrage andeuten, hat wohl vor allem die Abkühlung in der Gesamtwirtschaft eine Zurückstellung von Projekten nach sich gezogen. Zudem bleibt der sonstige öffentliche Tiefbau mit -11% deutlich hinter dem Vorquartal zurück. Auch die Ausbaubetriebe stehen nach der frühsummerlichen Entspannung wieder stärker unter Druck. Laut Umfrage geben hier Ge-

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

schäftslage und -aussichten sowohl gegenüber der vorangegangenen Befragung als auch gegenüber dem Vorjahr deutlich nach.

Trotz Beruhigung im Verlauf bleiben die Einschätzungen zum aktuellen und zukünftigen Baugeschäft alles in allem weiter unter Vorjahresniveau. Auf das gesamte Jahr hochgerechnet, ergibt sich damit ein stärkerer Nachfragerückgang als im Vorjahr. Für den Zeitraum bis Jahresende und darüber hinaus werden vom Niveau her kaum noch Unterschiede zwischen den Sparten ersichtlich. Ihre Zukunft sehen in allen Bereichen 7 von 10 Unternehmen in eher düsterem Licht. Etwas weniger pessimistisch als in der vorangegangenen Befra-

gung vom Juni zeigten sich die im Hochbau tätigen Unternehmen. Hoffnungen auf eine gewisse Abschwächung der Talfahrt kommen von den in Aus-

sicht gestellten Mitteln der Bundesregierung zum „Stadtbau Ost“, die ab 2002 wirksam werden.

Brigitte Loose (blo@iwh-halle.de)

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – August 2001  
- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Aug 00	Juni 01	Aug 01	Aug 00	Juni 01	Aug 01	Aug 00	Juni 01	Aug 01	Aug 00	Juni 01	Aug 01	Aug 00	Juni 01	Aug 01
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	13	9	11	34	28	30	43	49	48	10	14	11	-7	-26	-18
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	12	5	10	31	27	31	46	54	46	11	14	13	-14	-36	-18
Hochbau	13	4	13	30	28	31	44	51	44	13	16	12	-14	-35	-12
Tiefbau	7	7	5	35	25	30	50	59	51	8	9	14	-15	-36	-30
Ausbaugewerbe	17	17	14	39	31	28	35	38	49	9	14	9	12	-4	-16
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	21	17	17	30	31	22	37	35	49	12	17	12	3	-4	-23
20 bis 249 Beschäftigte	14	7	11	34	28	31	43	52	47	9	13	10	-5	-30	-15
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	39	22	43	46	67	43	15	11	14	-23	-56	-14
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	8	6	5	32	29	36	47	52	46	13	13	13	-20	-31	-18
Neugründungen	4	8	7	46	29	24	40	48	58	10	15	11	0	-26	-38
Bauhandwerk	24	16	22	29	25	30	39	47	39	8	12	9	7	-18	4
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	7	7	6	30	21	24	50	56	54	13	15	16	-25	-43	-40
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	12	5	6	31	21	25	46	62	51	11	13	18	-32	-49	-39
Hochbau	8	5	7	24	19	24	52	62	49	16	15	21	-36	-53	-39
Tiefbau	3	6	3	35	24	27	50	60	56	12	10	14	-24	-41	-40
Ausbaugewerbe	10	12	8	36	24	22	44	44	59	9	21	11	-7	-29	-40
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	11	15	10	30	24	22	44	40	50	15	21	18	-17	-23	-35
20 bis 249 Beschäftigte	8	6	6	29	21	24	50	59	53	13	15	17	-27	-47	-41
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	42	11	29	50	89	71	8	0	0	-17	-78	-43
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	2	3	1	33	25	27	56	61	60	9	12	12	-30	-46	-44
Neugründungen	4	8	8	41	22	25	49	57	45	6	14	22	-11	-41	-34
Bauhandwerk	16	13	8	27	21	23	38	45	52	19	21	17	-14	-32	-38

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.